

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten zur Zukunfts- und Friedensdiskussion

Herausgeber: Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. - **GZS**
»Association for Future Projects and System Criticisms«

Zukunfts- und Friedensarbeit im Umfeld der Zukunfts- und Friedensforschung
Future and Peace Work – Futurology – Peace Studies

»21 Jahre BLICKPUNKT ZUKUNFT«

» GZS 1977 - 2001«

ISSN 0720-6194
Bei Einzelbestellung: DM 5,- / öS 35,- /
BRF 120,- / HFL 6,- / FF 18,- / US-\$ 3,-
2,50 EURO
ab 5 Exemplare halber Preis!

Redaktionsanschrift:
Blickpunkt Zukunft c/o GZS
Drostenhofstraße 5
D-48167 Münster
eMail:
Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Internet:
mitglied.tripod.de/GZSBLIZU/

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

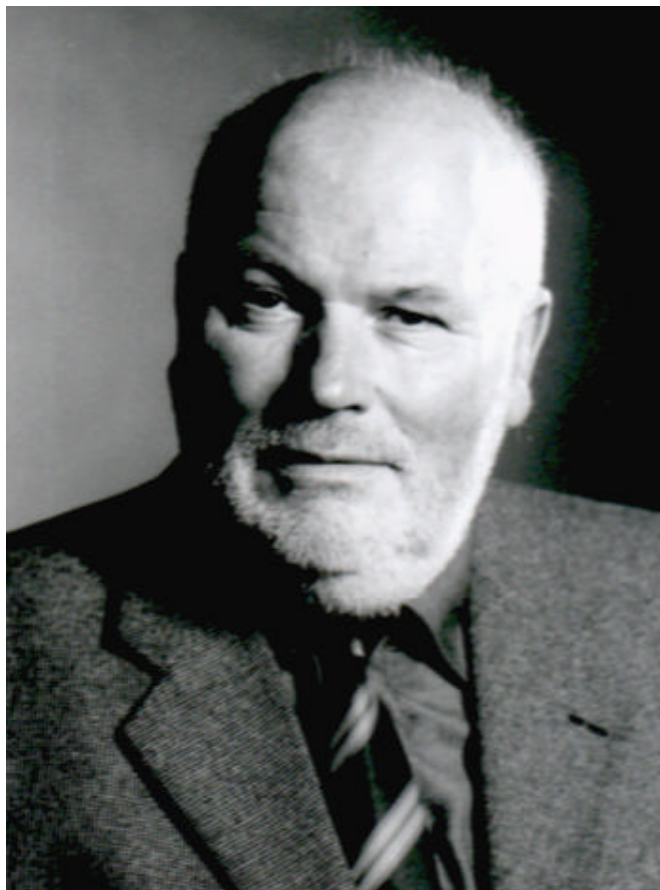
VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 37 · Juli 2001 · 21. Jahrgang

Deutsches Holocaust-Museum

BLICKPUNKT-ZUKUNFT-Gespräch mit Dr. Hans-Jürgen Häbeler

Dr. Hans-Jürgen Häbeler ist Gründer und Vorsitzender der »Stiftung Deutsches Holocaust-Museum. Zentrum für Dokumentation und Information über Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Lern- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität«. Im BLICKPUNKT-ZUKUNFT-Gespräch mit Werner Mittelstaedt gibt er Auskunft über sein Engagement zur Gründung eines Holocaust-Museums in Deutschland und seine vielfältigen Aktivitäten im Kontext dieser Stiftung.



Dr. Hans-Jürgen Häbeler

Zur Person: Hans-Jürgen Häbeler wurde 1939 in Leipzig, Freistaat Sachsen, geboren. Nach der Flucht der Eltern 1948 in den Westen lebte er mit seinen Eltern und Brüdern 6 Jahre in einem Flüchtlingslager in Hamburg-Billbrook. Häbeler verweigerte 1960 den Dienst an der Waffe und leistete seinen Zivildienst in einem Gemeindekrankenhaus in der Lüneburger Heide. Anschließend besuchte er das Staatliche Abendgymnasium und schloß dieses mit der Hochschulreife ab. Ab 1968 studierte er an der Hamburger Universität Mitteleuropäische Archäologie, Pädagogik, Geologie und neuere Geschichte. Dieses Studium beendete er 1975 mit der Promotion. Seitdem lebt und arbeitet Häbeler in Hannover. Er hat vier Kinder. (Fortsetzung auf Seite 2)

Die weiteren Themen dieser Ausgabe:

Stiftung Deutsches Holocaust-Museum

Aufruf

an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, an die Regierungen der Länder der Bundesrepublik und an alle politischen Mandatsträger zur Gründung eines »Holocaust-Museums. Zentralmuseum gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit. Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität«

Selbstentfaltungs-Netzwerke als Gegenbild zu den Zukunftsvisionen der EXPO 2000

von Annette Schlemm

Die Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. - GZS

Zivile Inspektion des Atomwaffenstützpunktes Büchel

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Der Zukunfts- und Friedensforscher Dr. Lothar Schulze wurde 80!

»Z_newsletter« das Internet-Zukunftsmagazin

Wettbewerb »Kinderrechte sind Menschenrechte«

Rüstungsausgaben steigen weltweit wieder spürbar an

Martin Kalinowski (Hrsg.)

Alternative Berufsfindung

für Ingenieur- und Naturwissenschaften
Ein Hand- und Lesebuch

Werner Mittelstaedt

Frieden, Wissenschaft, Zukunft 21
Visionen für das neue Jahrhundert

Im Jahre 1983, im Rahmen der politischen Auseinandersetzung um die atomare Aufrüstung Europas initiierte Häßler die Friedensinitiative »Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung in Ost und West«, später gründete er das »Institut für kulturelle Friedens- und Konfliktforschung«. Ausgehend von der festen Überzeugung, daß gerade auch Kulturwissenschaftlerinnen und Kulturwissenschaftler nicht in ihren oft zitierten »Elfenbeintürmen« verweilen dürfen, wenn politische Prozesse Formen annehmen, die auf eine Gefährdung der Gesellschaft hinauslaufen oder sich sogar negativ auf die gesamte Schöpfung auswirken könnten, wurde durch die Gründung dieser Initiative vorhandenes besorgtes und kritisches Potential in den Kulturwissenschaften verknüpft und dessen Meinungen einer größeren Öffentlichkeit zu Gehör gebracht. Dies geschah im Rahmen von kleineren Tagungen und großen, international besetzten Kongressen, in Form von Veröffentlichungen und durch Ausstellungen. Bereits in jener Zeit wurde Häßler deutlich, welche zentrale Bedeutung die Kulturwissenschaften im weitesten Sinn für die Friedens- und Konfliktforschung einnehmen. So hatten die Kulturwissenschaften einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Machtergreifung Hitlers - vor allem auch am Antisemitismus - und damit indirekt auch an dem Mord an den europäischen Juden, aber auch dem an Sinti und Roma und anderen Opfergruppen. Oftmals nur durch feine Andeutungen und Hinweise in Wort und Bild wurden - und werden noch heute - subtil Feindbilder, Stereotype, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in die breite Öffentlichkeit transportiert und entwickelten dort ihre gefährliche Wirkung. Die Geschichte des Nationalsozialismus ist damit auch die Geschichte des Versagens der kulturellen Eliten jener Zeit.

1993, nach der Eskalation rechtsradikaler Gewalt in der Bundesrepublik, gründete Häßler die Initiative zur Errichtung eines Holocaust-Museums in der Bundesrepublik und stiftete 1998 die »Stiftung Deutsches Holocaust-Museum«, deren Vorsitzender er ist.

Das nachfolgende BLICKPUNKT-ZUKUNFT-Gespräch wurde im Juni 2001 geführt.

Werner Mittelstaedt: Sie haben im Mai 1993 die Initiative zur Gründung eines Holocaust-Museums in der Bundesrepublik Deutschland ins Leben gerufen. Wie hatte sich bei Ihnen die Idee dazu entwickelt?

Hans-Jürgen Häßler: Als Museumswissenschaftler, der sich besonders auch für museumspädagogische Fragestellungen, für Fragen nach der didaktischen Umsetzung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und mit der Breitenwirkung und bildungspolitischen Aufgabe von Museen beschäftigt, war mir bereits vor 1993 aufgefallen, daß es in der Bundesrepublik bezüglich der Aufklärungsarbeit über die nationalsozialistische Epoche eine eklatante Lücke gab und nach wie vor gibt: Es fehlt eine Gesamtdarstellung der verschiedenen Teilaspekte des NS-Staates und seiner Gewaltherrschaft. Zwar gibt es mittlerweile eine große Fülle hervorragender wissenschaftlicher Forschungsergebnisse über diese Zeit, diese bleiben aber meist didaktisch unaufbereitet und damit der breiteren Öffentlichkeit in der Regel verborgen. Einmal davon abgesehen, daß solche Forschungen grundsätzlich erst dann einen sinnvollen Abschluß erfahren, wenn ihre Ergebnisse der Bevölkerung auch zugänglich gemacht werden, meinte ich damals und bin heute mehr den je davon überzeugt, daß für die Aufklärungsarbeit über die NS-Zeit in der Bundesrepublik eine solche themenübergreifende und Hintergründe darstellende zentrale, nationale Informations- und Dokumentationsstätte von sehr großer Bedeutung wäre. Die Museen unseres Landes sind hervorragende Orte der Bildungs- und Wissensvermittlung. Und die Aufklärungsarbeit über den NS-Staat gehört dazu. Wer dieses wichtige Medium dafür nicht nutzt, vernachlässigt ein bedeutsames Instrument der Breitenbildung, das besonders viele junge Menschen und ganze Familien anzieht. Ein sehr gelungenes Beispiel für breite politische Aufklärungsarbeit auf Museumsebene ist das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, das jährlich viele zehntausend in- und ausländische Besucher zählt.

Diese Überlegungen waren, kurz gefaßt, die Grundlage der Idee. Als 1993 in Washington nach 16jähriger Planungs- und Bauphase das Holocaust-Memorial eröffnet wurde und etwa gleichzeitig eine Welle rechter Gewalt die Bundesrepublik erschütterte, faßte ich den Entschluß, diese Initiative zu gründen und diese Lücke in der Aufklärungsarbeit zu schließen, um einen wirksamen Beitrag zur Aufklärung vor allem junger Menschen zu leisten. Meiner Meinung nach gibt es in der Bundesrepublik keineswegs zu viel, sondern zu wenig differenzierte Aufklärung über diese verheerende Epoche deutscher Geschichte. Ein Deutsches Holocaust-Museum würde die bestehende Aufklärungsarbeit deutlich effektivieren. Lassen Sie mich noch hinzufügen, daß es wahrscheinlich vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schwierig gewesen wäre, in der Bundesrepublik oder in der DDR eine solche umfassende Aufklärungsstätte zu schaffen. Nach der Wiedervereinigung ist diese Aufgabe aber ein drückendes Desiderat.

Werner Mittelstaedt: Inwieweit soll sich das zu gründende Deutsche Holocaust-Museum von den ungemein wichtigen und auch zahlreich vorhandenen Gedenk- und Forschungsstätten (Konzentrationslager, Gedenkwegen, Dokumentationsstätten, Mahnstätten, Ausstellungen) unterscheiden? In Nordrhein Westfalen gibt es beispielsweise den Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW e.V., der den Nationalsozialismus und den Holocaust in den vielen Gedenkstätten in seiner Breite betrachtet und natürlich auch Bildungsarbeit, Sonderausstellungen, Diskussionsforen und vieles mehr in zahlreichen Städten anbietet.

Hans-Jürgen Häßler: Es war von Beginn der Initiative an das Bestreben, zu keinem der von Ihnen genannten Institutionen, Dokumentationen, Arbeitskreisen etc. in »Konkurrenz« zu treten. Dies ist immer wieder hervorgehoben worden und ich möchte dies auch hier noch einmal ausdrücklich sagen. Im Gegenteil, es wurde immer betont, daß das geplante Museum eigentlich das Museum der Gedenkstätten und jener anderen Institutionen ist, die in dem geplanten Museum das zeigen können, was sie in ihren Häusern und Ausstellungen aus konzeptionellen Gründen nicht zeigen können und sollten. Das Museum ist für mich daher eine wichtige Ergänzung zur Arbeit der Gedenkstätten. Sie wurden daher ja auch gebeten, sich aktiv an der Planung und konzeptionellen Ausgestaltung dieser zentralen Dokumentations- und Informationsstätte zu beteiligen und viele, vor allem kleinere Gedenk- und Dokumentationsstätten unterstützen diese Initiative ja auch. Die Pluralität der Gedenkstättenlandschaft darf durch dieses Museum nicht berührt werden. Ich sehe diese Gefahr aber auch nicht, was ich kurz erläutern möchte. Grundsätzlich unterscheide ich drei gleichwertige Ebenen der Aufklärungs- und Gedenkarbeit:

Da sind zum einen die Mahn- und Gedenkort ohne ausführliche Information. Sie dienen der stillen Besinnung, der inneren Einkehr, der Würdigung und des Gedenkens der Opfer. Die zweite Ebene bilden die zahlreichen Gedenkstätten, die authentischen Orte, an denen die Verbrechen begangen worden sind. Sie nehmen die Aufgabe wahr, diese Verbrechen zu erforschen, detailliert zu dokumentieren und damit der Opfer dieser Orte zu gedenken. Sie bewahren deren Schicksal und garantieren, daß diese Orte des Leidens nicht vergessen werden. In die dritte Aufklärungsebene stelle ich zusammenfassende Informationen und Dokumentationen, die jenseits authentischer Orte über regionale oder überregionale Ereignisse informieren oder Gesamtdarstellung präsentieren. Hierzu zählt für mich das Deutsche Holocaust-Museum mit seiner zusammenführenden, Überblick und Hintergründe darstellenden Konzeption. Wo es zu Überschneidungen kommen sollte, müßte man konzeptionell darauf reagieren. Ich sehe aber auch hier keine Probleme. Dieses Museum wird übrigens auch nicht, um hier vielleicht einer Frage von Ihnen vorzugreifen, durch das Denkmal für die ermordeten Juden Europas oder durch die »Topographie des Terrors« in Berlin ersetzt werden. Auch in ihnen werden zwar wichtige Teilaspekte, aber nicht die umfassende Gesamtdarstellung zu sehen sein. Das Museum ist also keine Konkurrenz zu bestehenden Einrichtungen, sondern eine notwendige, die vielen Detailinformationen über jene Zeit zusammenführende Ergänzung. Dadurch unterscheidet es sich von den von Ihnen genannten Orten. Wir benötigen diesen Überblick.

Werner Mittelstaedt: Nun wird von den Gedenkstätten befürchtet, daß ihnen durch ein Holocaust-Museum Mittel entzogen werden könnten. Wie sehen sie das?

Hans-Jürgen Häßler: In der Tat gibt es meines Wissens seitens der Gedenkstätten keine inhaltlichen Einwände gegen ein zentrales Deutsches Holocaust-Museum. Solche Bedenken wären ja auch unverständlich, denn dieses Museum will in einer spezifischen, bislang fehlenden Form aufklären und dagegen können - zumal angesichts eines permanent anwachsenden Rechtsradikalismus - die Gedenkstätten nichts einzuwenden haben. Allerdings bestehen bei ihnen erstzunehmende Befürchtungen, es könnten ihre Etats gekürzt und für das geplante Museumszentrum verwandt werden. Dies darf natürlich nicht sein. Die Stiftung hat immer wieder betont, daß die Gelder für die Arbeit der Gedenkstätten, Geschichtswerkstätten und für einzelne Initiativen vor Ort nicht gekürzt, sondern angesichts deren wichtiger gesellschaftspolitischer Aufgaben vielmehr aufgestockt werden müßten. Die Bundesrepublik ist einer der reichsten Staaten der Erde und bei allem Verständnis zum Sparen ist die Aufklärungsarbeit über die Irrlehren des verbrecherischen Nationalsozialismus eine Aufgabe, die allerhöchste Priorität haben muß. Sie ist eine zentrale staatliche Aufgabe. Ich sage es einmal bewußt polemisch: Was nützt unserem Staatswesen ein 465 Millionen teures Bundeskanzleramt, wenn die Republik Gefahr läuft, von rechtsradikaler Ideologie langsam aber sicher unterminiert zu werden? Wie viele Analysen der politischen Situation betonen, ist nicht nur der innen-, sondern vor allem auch der außenpolitische Schaden immens, und auch der wirtschaftliche Schaden, der durch den aggressiven und anwachsenden Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik hervorgerufen wird, kann irgendwann bedeutend höher sein als diejenigen Mittel, ➔

die aufzubringen wären, um eine differenzierte und effiziente Aufklärungsarbeit zu gewährleisten. Ich erinnere nur an die Presseberichte im Ausland, nicht in die neuen Bundesländer in den Urlaub zu fahren. Vor allem geht es aber darum, Menschen vor fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffen zu schützen.

Nun wäre es unredlich zu behaupten, die Arbeit aller Gedenkstätten sei wegen des Geldmangels gefährdet. Dies trifft sicherlich nicht zu. Viele Gedenkstätten sind vernünftig ausgestattet und können dementsprechend auch ihre verantwortungsvolle Arbeit uneingeschränkt wahrnehmen. Zudem gilt es zu differenzieren. Die meisten Gedenkstätten unterliegen nicht der Verantwortung des Bundes sondern desjenigen Bundeslandes, auf dessen Territorium sie sich befinden. Hier greift das bewährte föderative System der Bundesrepublik. Es kann allerdings sein, daß einige Bundesländer mit dieser Aufgabe finanziell überfordert sind. Dies gilt besonders für die neuen Bundesländer in denen sich ja besonders viele authentische Orte befinden. Ich denke besonders auch an Mecklenburg-Vorpommern. Hier müßte meines Erachtens darüber nachgedacht werden, ob der Bund für die notwendige Errichtung neuer und zum Ausbau und zur Pflege bereits bestehender Gedenkstätten ausreichend Zuschüsse gewährt. Vielleicht könnte ein Fond geschaffen werden, der zur Sicherung solcher Areale kurzfristig und unbürokratisch Mittel zur Verfügung stellt. Vielleicht sollte der Bund aber auch eine Stiftung gründen, deren Erlöse für den Ausbau und Erhalt aller Gedenkstätten genutzt werden sollten, auch der zahlreichen Gedenkstätten im Ausland, um deren Sicherung ja nach wie vor gerungen wird. Eine solche vom Bund aufgelegte Stiftung, in die eventuell auch die Wirtschaft mit ihrem großen Potential zustiften könnte, wäre meines Erachtens für die Gedenkstättenlandschaft von großer Bedeutung. Was für das Denkmal für die ermordeten Juden Europas so sinnvoll angelegt wurde, könnte auch für die Gedenkstätten im In- und Ausland und nicht zuletzt auch für das Deutsche Holocaust-Museum eingerichtet werden. Gedenk- und Aufklärungsarbeit kosten nun einmal Geld. Dies sind wir einerseits den Millionen Opfern schuldig, andererseits auch dem Schutz unseres demokratischen Staates. Wer, um auf die Bundesrepublik zurückzukommen, im Land der Täter nicht genügend Aufklärung betreibt, darf sich nicht wundern, wenn alte Keime neue Früchte tragen. Insgesamt sind es doch eher geringe Summen, die zur Diskussion stehen. Ich hatte nach den rechtsextremistischen Auswüchsen des Sommers und Herbstes 2000 dem Herrn Bundeskanzler sofort geschrieben und mir erlaubt, vorzuschlagen, nur 0,1% der eingenommenen 100 Milliarden DM für die UMTS-Lizenzen dazu zu verwenden, um das von der Stiftung Deutsches Holocaust-Museum angestrebte zentrale, nationale Dokumentations- und Informationszentrum über die NS-Gewaltherrschaft zu errichten. Wahrscheinlich hätten schon 0,05% dieser Einnahmen ausgereicht, um ein Deutsches Holocaust-Museum zu gründen. Auch bin ich davon überzeugt, daß der Bundeskanzler dafür in der Öffentlichkeit eine breite Zustimmung erhalten hätte. Leider erfolgte auf diesen Vorschlag bislang keine konkrete Reaktion.

Werner Mittelstaedt: Die »Stiftung Deutsches Holocaust-Museum« hat sich in ihrer rund achtjährigen Geschichte an der Planung, dem Ausbau und an der feierlichen Einweihung von Gedenkwegen und -stätten beteiligt. Sie konnte sich in einigen Fällen zudem finanziell engagieren. Hier sehe ich große Verdienste Ihrer Arbeit, die zwar als Ziel die Gründung eines Deutschen Holocaust-Museums anstrebt, aber seit Jahren auch wertvolle Arbeit zur »Aufarbeitung« des Holocaust durch das genannte Engagement einbringt. Können Sie dazu etwas ausführen?

Hans-Jürgen Häßler: Die Gründung eines Deutschen Holocaust-Museums ist zwar der wichtigste, aber nicht der alleinige Stiftungszweck. Bei der Gründung der Stiftung wurde davon ausgegangen, daß die Errichtung eines Deutschen Holocaust-Museums eine innen- wie außenpolitisch hochbedeutsame Angelegenheit sei, die von der Bundesregierung zu tragen ist und möglichst über eine von ihr ausgestattete öffentliche Stiftung gegründet wird, wobei die Gremien der Stiftung mit einem Kreis ausgewiesener in- und ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besetzt sein sollten. Es ist meine Absicht als Stifter, bei einer solchen Entwicklung die Stiftung Deutsches Holocaust-Museum in eine solche öffentliche Stiftung einzubringen. Darüber hinaus wurde der Zweck der Stiftung so angelegt, daß sie sich über das angestrebte Museum hinaus auch für andere Projekte der Aufklärung einsetzen und auf dieser Grundlage entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten etwa den Ausbau kleinerer Gedenkstätten oder Aktivitäten von Geschichtswerkstätten unterstützen kann. Auch der Förderung von Schriften, die Unterstützung pädagogischer Maßnahmen zur Aufklärung und allgemeiner Fragen der Völkerverständigung sind möglich. Neben dem schwerpunktmäßigen Streben zur Errichtung eines Deutschen Holocaust-Museums bestand so immer gleichzeitig das Bestreben, im genannten Sinn tätig zu sein, um bereits jetzt etwas zu bewirken. Auch wenn dies nur in dem von ihr aufzubringenden finanziellen Rahmen möglich ist, hat sich gezeigt, wie

man auch mit vergleichsweise geringen Mitteln Anstöße geben und konkret helfen kann. Wir sind dankbar, bereits mehrmals bei der Gründung kleinerer Gedenkstätten haben helfen können. Diese Förderungen werden wir kontinuierlich weiterbetreiben.

Werner Mittelstaedt: Die Konzeption und die Angebote des Deutschen Holocaust-Museums sind natürlich gegenüber den Gedenkstätten anders aufgebaut. Zudem ist die Bedeutung eines solchen nationalen Museums und ihre damit sicherlich verbundene enorme Innen- und Außenwirkung, also die Bedeutung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und die für das Ausland, sehr bedeutungsvoll. Sie haben in den Jahren 1997/1998 die durch einen Arbeitskreis der Stiftung erarbeitete, sehr detaillierte 40seitige Konzeption des Deutschen Holocaust-Museums in der Zeitschrift der Stiftung »Mitteilungen Stiftung Deutsches Holocaust-Museum« veröffentlicht, die (nicht nur) mich sehr beeindruckte. Vielleicht können Sie den LeserInnen die wichtigsten »Bausteine« der Konzeption des Deutschen Holocaust-Museums skizzieren.

Hans-Jürgen Häßler: Diese Frage bedarf vielleicht einer etwas grundsätzlicheren Antwort. Ausgehend von der Überlegung, daß viele, wenn nicht gar alle Kreise und Schichten der NS-Gesellschaft mehr oder weniger intensiv und konkret an den Verbrechen dieses Regimes beteiligt gewesen sind, stellte sich vor allem das Problem, welche Bedeutung die Täterfrage in den konzeptionellen Überlegungen für ein Deutsches Holocaust-Museum einnehmen sollte. Diese Frage läßt sich nicht in Yad Vashem oder im Washingtoner Holocaust-Memorial beantworten, sondern muß im Zentrum eines deutschen Holocaust-Museums stehen. Dabei ist das Leitmotiv nicht, pauschal über der damaligen deutschen Gesellschaft den moralischen Stab zu brechen; es gab ja zahlreiche Menschen, die Hitler nicht gewählt, sich nicht an den Verbrechen beteiligt haben oder sogar ihr Leben gegen dieses verbrecherische System stellten und dafür gequält und ermordet worden sind. In den Konzentrationslagern wurden ja viele solcher couragierten Bürgerinnen und Bürger, die bei der Gesamtbeurteilung der NS-Zeit leider etwas in den Hintergrund geraten sind, gefangengehalten und gequält. Die zentrale Frage lautet doch, wie es möglich war, daß eine Kulturnation inmitten einer hochstehenden Staatengemeinschaft derartig versagen konnte. Welche Mechanismen führten zum Holocaust? Was waren die Triebfedern vor allem auch für die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, von Sinti und Roma, an denen ja vergleichbares unendliches Leid verübt worden ist? Die Beantwortung der Frage, wie ein normaler, unbescholtener Staatsbürger zum Täter werden kann und welche Voraussetzungen im Kopf eines Menschen vorhanden sein müssen, um ihn zu enthumanisieren, ihn bereit für Mord und Totschlag zu machen, ist ja von ganz zentraler Bedeutung auch für die Zukunft. Die Konfliktforschung kann verschiedene Merkmale anführen, die bei ganz bestimmten Situationen immer wieder wirksam werden, etwa Sozialneid, das Sündenbocksyndrom, schlichte soziale Not oder die Verführung breiter Schichten vor dem Hintergrund spezieller Interessen einzelner. Ich glaube, daß viele Menschen zu jeder Zeit dafür anfällig sind. Alles dies muß, will man Wiederholungen vermeiden, für die NS-Zeit reflektiert werden. Bloße Schuldzuweisungen und moralische Verurteilungen aus einer völlig anderen Zeit und Situation heraus sind leicht ausgesprochen. Um Wiederholung zu vermeiden, müssen wir an den Wurzeln dieses Übels ansetzen. Darum trägt das Museum auch den Untertitel »Zentrum für Dokumentation und Information über Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Lern- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität«.

Diese gekürzt wiedergegebenen Grundüberlegungen waren Ausgangspunkt dafür, diese Konzeption in einer umfassenderen Weise zu erarbeiten, und zwar interdisziplinär. An der Ausarbeitung der Konzeption, wie sie 1996 zum ersten Mal veröffentlicht wurde, haben daher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachbereiche mitgewirkt: Psychologen, Juristen, Theologen, Pädagogen, Ärzte, Soziologen, Kunsthistoriker, Journalisten, Archäologen, Wirtschaftswissenschaftler, Religionswissenschaftler, natürlich auch Politologen, Historiker u.a. Wir haben in drei zum Teil sehr kontrovers geführten Tagungen in Arbeitsgruppen schließlich die nun vorliegende Konzeption erarbeitet, die meines Erachtens einen neuen und ganz modernen Ansatz verfolgt. Besondere Bedeutung hatte übrigens dabei, daß der langjährige Archivdirektor der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem und Holocaustforscher, Dr. Shmuel Krakowski, die Konzeptionsschrift mit entwickelt hat, die natürlich noch nicht in allen Bereichen ganz ausgereift, aber doch schon eine recht kräftige Richtschnur für ein Deutsches Holocaust-Museum ist. Folgende Themenkreise sind vorgesehen:

1. Ursprünge, Etablierung und Struktur des Nationalsozialismus.
2. Das System des Holocaust.
3. Die Verfolgten und Ermordeten.
4. Täter, Helfer, Zuschauer.



5. Holocaust und Widerstand.
6. Die Folgen des Holocaust und die Überlebenden.
7. Neo-Nationalsozialismus und Neo-Rassismus.
8. Was tun?
9. Geschichte und Struktur der Gewalt; - Entwicklung der Menschenrechte.

Die Themenkreise 7 bis 9 befassen sich zudem nicht mehr unmittelbar mit der Geschichte des Nationalsozialismus, sondern behandeln zukunftsweisende Aspekte, wobei hier ausdrücklich Neo-Nationalsozialismus und Neo-Rassismus mit aufgenommen worden sind. Allein dieser Themenkreis wird eine ganz entscheidende aufklärerische Funktion einnehmen. Das Museum endet somit nicht mit der Befreiung 1945, sondern nimmt ganz bewußt aktuelle Probleme auf und hat somit eine starke zukunftsweisende Komponente.

Es würde hier zu weit führen, umfassender auf die Konzeption einzugehen. Sie kann von Interessenten gegen eine Schutzgebühr angefordert werden. Zentrale Punkte sind aber die Frage nach den Tätern und ihrer gesellschaftlichen Verzweigtheit sowie die Darstellung aller Opfergruppen.

Werner Mittelstaedt: Welchen Standort sollte das zu gründende Holocaust-Museum aufweisen? Muß er unbedingt in Berlin sein und warum?

Hans-Jürgen Häßler: Da das Deutsche Holocaust-Museum für seinen Standort keinen authentischen Ort benötigt, kann es theoretisch überall in der Bundesrepublik stehen. Mir schwebte bei der Gründung der Initiative seinerzeit Weimar als Standort vor. Hier hätten sich die beiden Pole deutscher Geschichte, Humanismus und Holocaust, meines Erachtens am eindrucksvollsten verbinden lassen. Aber es muß auch nicht Weimar sein, obwohl dort mit der »Halle des Volkes« im ehemaligen Gauforum ein vorzüglicher Standort bereits vorhanden wäre. Auch Nürnberg käme in Frage, oder ein im Westen liegendes Bundesland. Natürlich sind viele Unterstützerinnen und Unterstützer für Berlin, der ehemaligen Reichshauptstadt, dem Zentrum der NS-Gewaltherrschaft.

Werner Mittelstaedt: Gibt es für die »Stiftung Deutsches Holocaust-Museum« Vorbilder oder vergleichbare Institutionen außerhalb Deutschlands? Ich denke hier insbesondere an die Vereinigten Staaten, die im Jahre 1993 ihr 60. Holocaust-Museum eingeweiht haben?

Hans-Jürgen Häßler: Eigentliche Vorbilder bestehen nicht. Denkt man an die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem oder an das Holocaust-Memorial in Washington, so wäre das Deutsche Holocaust-Museum eine notwendige, die Spezifika eines solchen Museums im Land der Täter in den Vordergrund rückende wichtige Ergänzung mit den zwingend notwendigen Fragen nach der Täterschaft in ihrer Verzweigtheit, der Darstellung aller Opfergruppen und Klärung der Frage, wie es zu diesem gewaltigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat kommen können. Es hat somit eine grundsätzlich andere konzeptionelle Ausrichtung als die genannten Institutionen. Darum auch der Themenkreis über Neo-Nationalsozialismus und Neo-Rassismus. Dennoch gibt es natürlich Kontaktpunkte. Heute ist die Situation ja kurioserweise so, daß - will sich jemand umfassender über das NS-Regime und seine Verbrechen an einem Ort informieren - er nach Washington oder Jerusalem fliegen muß, weil es im Land der Täter eine solche themenübergreifende, zusammenfassende Einrichtung nicht gibt. Dies ist keine Kritik, sondern eine bloße Feststellung. Bärbel Bohley hat mir einmal geschrieben, »hier ist ein Holocaust-Museum viel wichtiger als in Amerika«. Ich meine, daß Frau Bohley hier einen ganz wichtigen Aspekt in einem einzigen, kurzen Satz gefaßt hat: Es geht nicht darum, die Amerikaner aufzuklären, sondern in erster Hinsicht darum, dies in dem Land zu tun, wo diese verbrecherische Ideologie entstand und wo diese immer noch verhältnismäßig stark in den Köpfen vertreten ist und zur Zeit leider weiter anwächst. Jeder, der einmal im Washingtoner Holocaust-Memorial war, ist tief beeindruckt. Natürlich gibt es auch Kritik daran, aber die beschränkt sich auf manche Inszenierung. Nie aber wird ernsthaft die aufklärerische und informative Bedeutung des Washingtoner Holocaust-Memorial angezweifelt. Nein, ich bin fest davon überzeugt, daß ein Deutsches Holocaust-Museum für die Auseinandersetzung mit diesem Teil unserer Geschichte ein notwendiges und ganz wichtiges Medium wäre. Für mich ist daher jeder Tag, an dem dieses Museum hier weiterhin fehlt, ein verlorener Tag in unseren Bemühungen um Aufklärung und demokratische Bildung vor allem junger Menschen.

Werner Mittelstaedt: Die »Stiftung Deutsches Holocaust-Museum« wird von vielen prominenten Persönlichkeiten (z. B. dem Schauspieler Klaus Maria Brandauer, dem Journalisten Georg Stefan Troller, der Justizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, dem Nobelpreisträger für Literatur Günter Grass, dem Theologen Prof. Dr. Hans Küng, der Psychoanalytikerin Dr. Margarete Mitscherlich-Nielsen, dem Psycho-

analytiker Prof. Dr. Dr. Horst Eberhard Richter, um nur einige Namen zu nennen sowie von rund 60 Mitgliedern des Deutschen Bundestages, von vielen OberbürgermeisterInnen großer Städte, von etlichen LandesbischöfenInnen der evang.-lutherischen Kirche, von verschiedenen Vorsitzenden von Gewerkschaften und von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern namentlich unterstützt. (Für die LeserInnen: beachten Sie auch die Zusammensetzung der Stiftung Deutsches Holocaust-Museum auf den Seiten 9-10) Wie ist der Stand der Dinge nach nunmehr acht Jahren Arbeit mit der Stiftung, denn die alte und die neue Bundesregierung konnte sich leider bislang nicht zur Gründung eines Deutschen Holocaust-Museums entschließen? Welche Argumente führte diese und die Vorgängerregierung dagegen an?

Hans-Jürgen Häßler: In der Tat ist es zu einer ausführlicheren inhaltlichen Diskussion weder mit der alten, noch bisher mit der jetzigen Bundesregierung gekommen, was mich bei der Vielzahl der Unterstützerinnen und Unterstützer schon erstaunt. Einerseits wünscht man sich das Engagement des Einzelnen, fordert den »Aufstand der Anständigen«, den Staat gegen Rechts zu verteidigen und Zivilcourage aufzubringen, wünscht sich - völlig zu recht - verstärkt Aufklärung in den Schulen zu betreiben, andererseits zeigt man dieser Bürgerinitiative und der von ihr angestrebten Aufklärungsstätte gegenüber bislang nur ein gedämpftes Interesse. Im Januar 1999 gab es allerdings ein meines Erachtens sehr informatives Gespräch mit dem damals noch designierten und nun bereits ausgeschiedenen Staatsminister Dr. Michael Naumann im Bundeskanzleramt in Bonn. Dr. Naumann hatte wenige Monate vorher seinen Vorschlag für ein »Haus des Erinnerns« am Denkmal für die ermordeten Juden Europas der Öffentlichkeit vorgestellt. In diesem Gespräch herrschte Einigkeit darüber, daß dieses »Haus des Erinnerns«, das in der Konzeption zwar etwas anders angedacht war, letztlich aber viel Übereinstimmung mit der des geplanten Deutschen Holocaust-Museums hatte, ganz bedeutsam wäre, so daß es das von der Stiftung angestrebte Holocaust-Museum hätte sein können. Ich nahm seinerzeit den Eindruck mit, daß Dr. Naumann durchaus für ein solches zentrales Dokumentations- und Informationszentrum über die NS-Gewaltherrschaft war. Die Stiftung hat damals in einer großen Pressekonferenz in Berlin sofort die Vorstellungen Dr. Naumanns, die, wie gesagt, unsere konzeptionellen Überlegungen berührten, unterstützt. Der Deutsche Bundestag hat mit seiner Entscheidung vom 25. Juni 1999 eine andere Konzeption favorisiert und sich mit dem »Ort der Information« zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas eigentlich folgerichtig für eine schwerpunktmäßig auf die Shoa ausgerichtete Informationsstätte entschieden. Diese Entscheidung haben wir natürlich akzeptiert. Der Mord an den Juden Europas war ein derartig gewaltiges Verbrechen, dem nun in angemessener Form mit dem Denkmal und dem Ort der Information würdig gedacht wird. Daß nun auch über ein Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma gesprochen wird, begrüßt die Stiftung Deutsches Holocaust-Museum ebenfalls uneingeschränkt. Deutlich haben wir aber nach der Veröffentlichung der Konzeption des »Orts der Informationen« sofort zum Ausdruck gebracht, daß damit das angestrebte Deutsche Holocaust-Museum mit seinem ganzheitlichen Überblick nicht überflüssig wird, sondern weiterhin ein dringend zu schließendes Desiderat darstellt. Alle konzeptionellen Überlegungen bleiben weiterhin aktuell.

Im Herbst vergangenen Jahres, nach den schweren rechtsradikalen Übergriffen, hatte ich sowohl dem Bundeskanzler als auch Dr. Naumann noch einmal unsere Vorstellungen vom geplanten Holocaust-Museum im Land der Täter schriftlich vorgetragen. Leider ohne Erfolg. Ende Oktober 2000 erreichte uns ein Schreiben aus dem Bundeskanzleramt mit der Auskunft, daß mit der Umsetzung des Beschlusses des Bundestages zur Gründung der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit einem Ort der Information eine Beteiligung des Bundes an der Errichtung eines Holocaust-Museums nicht mehr in Betracht käme.

Wir haben diesen Brief mit Bedauern zur Kenntnis genommen, gehen aber davon aus, daß diese erst einmal ablehnende Haltung keine endgültige sein kann. In der Tat ist die Regierung ja auch in keiner einfachen Situation: die Baumaßnahmen für das Denkmal für die ermordeten Juden Europas haben noch nicht begonnen, die Fertigstellung der Gedenkstätte »Topographie des Terrors« stagniert und mit der Entschädigungsfrage für Sklaven- und Zwangsarbeiter ist ein weiteres, sehr dringendes Problem erst kürzlich (Ende Mai 2001) gelöst worden. Sobald diese Projekte erst einmal auf den Weg gebracht sind, wird sich die Situation verändern. Ich bin hier realistisch optimistisch und vor allem davon überzeugt, daß man ohne eine solche zentrale Dokumentations- und Informationsstätte über den Nationalsozialismus im Land der Täter nicht auskommen wird. Wir werden uns weiter bemühen, dafür bei der Bundesregierung und im Bundestag Einsichten und einen parteienübergreifenden Konsens für die Akzeptanz eines solchen Museums zu schaffen. Wir werden mit Nachdruck an der Verwirklichung dieser Idee weiterarbeiten und damit als Forderung an die Politik verstärkt auch im Ausland präsent bleiben. Wir werden versuchen, weitere Unterstützerinnen und Unterstützer für dieses wichtige natio- ➔

nale Projekt zu gewinnen und die Projektidee weiter in der Öffentlichkeit bekanntmachen.

Werner Mittelstaedt: Mit welchen Kosten würden sie denn rechnen? Das ist ja eines der Hauptargumente gegen das Museum.

Hans-Jürgen Häßler: Da wir mit dem Deutschen Holocaust-Museum ein nüchternes Dokumentations- und Informationszentrum zur Aufklärung planen und keine Stätte, wo über die Architektur selbst Emotionen angesprochen werden sollen, wie dies ganz gezielt beim Denkmal für die ermordeten Juden Europas von Eisenman, und in gewisser Hinsicht auch bei der »Topographie des Terrors« von Zumthor der Fall ist, können die Baukosten sicherlich sehr reduziert werden. Mir schwebt ein reiner Zweckbau, vielleicht in Form von durch Gänge verbundene Gebäudeeinheiten vor, der von seiner architektonischen Ausstrahlung sehr reduziert wirken soll. Im Mittelpunkt sollen die zu vermittelnden Informationen stehen, die Architektur soll daher vom Inhalt nicht ablenken oder gar in störende Konkurrenz zum Inhalt treten. Auf dieser Grundlage sind die Baukosten sicherlich erheblich zu reduzieren. Dies bedeutet aber nicht, daß damit architektonische Langeweile vorgeprogrammiert sein muß. Einfache architektonische Strukturen können durchaus ihren Reiz haben, sehr beruhigend wirken und die Konzentration und Aufnahmefähigkeit steigern. Auf letzteres kommt es bei diesem Museum an. Je nachdem, wie das Grundstück beschaffen wäre, könnte man vielleicht auch ein parkähnliches Außengelände gestalten, in dem sich der Besucher zurückziehen kann, um die Informationen zu reflektieren. Ich kann nun nicht sagen, was ein solches Gebäude kosten würde, ich denke aber, daß sich ein solches Haus mit einer Summe von 20 - 30 Millionen DM erbauen ließe. Es muß übrigens kein Neubau sein. Auch ein Altbau dafür wäre durchaus geeignet. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal die von der Stiftung schon einmal ins Auge gefaßte ungenutzte ehemalige »Halle des Volkes« in Weimar nennen. Dieses Gebäude wäre hervorragend für das deutsche Holocaust-Museum geeignet. Leider hat Herr Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel eine solche Nutzung bislang abgelehnt. Eine solche Lösung würde natürlich die Kosten weiter reduzieren.

Werner Mittelstaedt: Gibt es Unterstützung zur Gründung eines Deutschen Holocaust-Museums vom Zentralrat der Juden in Deutschland und/oder seinen Präsidenten Paul Spiegel?

Hans-Jürgen Häßler: Die Jüdische Gemeinde, so ist mein Eindruck, verhält sich diesem Projekt gegenüber neutral. Dies mag zurückhaltend klingen, wäre aber aus der Sicht des Zentralrates gut zu verstehen. Würde er ein solches Museum favorisieren oder gar fordern, würden m.E. sofort Stimmen laut werden, die dem Zentralrat vorwürfen, daß er nun auch noch ein Holocaust-Museum haben wolle. Aus diesem Grunde habe ich persönlich auch nie übermäßig auf die Unterstützung des Zentralrates reflektiert. Zudem war ich von Beginn der Initiative an der Meinung, daß die Kinder- und Enkelgeneration der Tätergeneration dieses Museum aus eigenem Willen und Wollen heraus gründen müssen. Nur wenn sie es aus eigener Kraft schaffen, dieses Museum zu errichten und so die damit verbundenen, annähernd in jede Familie hineinreichenden Fragen der Schuld uneingeschränkt zu recherchieren, zu akzeptieren, zu formulieren und darzustellen, erst dann beginnt für mich wirklich die immer wieder geforderte Auseinandersetzung mit diesem ungeheuerlichen Verbrechen. Wir müssen diese Zeit in der Bevölkerung breit diskutieren und uns damit auseinandersetzen. Dies geschieht noch viel zu wenig und gelegentlich hat man den Eindruck, als wolle man lieber einen Schlußstrich unter dieses »störende« Kapitel deutscher Geschichte ziehen. Oft sind zudem Debatten darüber Fachdebatten von Fachwissenschaftlern, die die Bevölkerung nicht oder nur im geringen Umfang erreichen. Erfreulich ist, daß das Fernsehen seit einiger Zeit eine aktive Rolle in der Aufklärung übernimmt. Wir dürfen uns auch nicht hinter den Opfern verstecken, sondern müssen selbst - natürlich mit Hilfe der Opfer - versuchen, das Unbegreifliche für uns begreiflich zu machen und dies im wahrsten Sinne des Wortes. Ich weiß natürlich, daß es eine große Hilfe wäre, würde der Zentralrat der Juden in Deutschland ein solches Museum fordern. Für manchem mag die Zurückhaltung des Zentralrates in dieser Frage sogar ein Argument sein, die Initiative abzulehnen. Aber ich wiederhole es noch einmal: das Deutsche Holocaust-Museum ist eine Dokumentations- und Informationsstätte über alle von der NS-Gewaltherrschaft verübten Verbrechen und insbesondere über die Täter, die diese Verbrechen geplant, ausgeführt, stillschweigend hingenommen oder von ihnen profitiert haben. Im Vordergrund jetziger Betrachtung stehen meines Erachtens meist die Opfer. Es gilt aber auch die Täter darzustellen, ihre Schuld an diesen Verbrechen deutlich zu benennen, und zwar nicht nur die Täter an der Rampe, sondern die Schreibtischtäter und Nutznießer dieses Regimes. Dies ist die zentrale Aufgabe eines solchen Museums im Land der Täter. Die Realisierung dieses Projektes wird daher auch maßgeblich zur Positionsbestimmung unserer Schuldakzeptanz beitragen. Solange wir Täterkinder und -enkelkinder nicht in der Lage sind, diesen Teil

unserer Geschichte bedingungslos aufzuarbeiten, solange wird sich kein »normaler« Umgang damit ergeben. Erst die vollständige Darlegung dieser menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie des Nationalsozialismus ist die Voraussetzung zur Überwindung dieser Ideologie. Solange dies nicht passiert, laufen wir Gefahr, daß zumindest Teile der Gesellschaft anfällig dafür bleiben.

Werner Mittelstaedt: Sie haben viele Kontakte zu Menschen jüdischen Glaubens im In- und Ausland. Wie bewerten diese die Stiftung Deutsches Holocaust-Museum?

Hans-Jürgen Häßler: Wir haben unter den Unterstützerinnen und Unterstützern unseres Aufrufes zur Gründung eines Holocaust-Museums im Land der Täter natürlich auch zahlreiche Persönlichkeiten jüdischen Glaubens, denen es völlig unverständlich ist, warum es hier ein solches Museum noch nicht gibt. Gestatten Sie mir, einige der jüdischen Persönlichkeiten zu nennen, die den Aufruf unterschrieben haben: etwa Dr. Shmuel Krakowski aus Jerusalem, dem herausragenden Holocaustforscher und langjährigen Archivdirektor von Yad Vashem, der intensiv an der Erarbeitung unserer Konzeptionsschrift mitgewirkt hat, Frau Professorin Dr. Eveline Goodman-Thau, Religionswissenschaftlerin und Rabbinerin der Liberalen Gemeinde »Or Chadash« in Wien mit Wohnsitz in Berlin und Jerusalem, die seit Beginn der Initiative diese unterstützt und stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung ist; ich möchte gern Frau Lidia Vago aus Peetach-Tikva in Israel nennen, die Vorsitzende des »Committee of the Auschwitz 'Union' Survivors« ist, ferner Herrn Uri Aloni vom Beit Lohamei Haghettaot (Ghetto-Fighters House) aus Israel oder Herrn Alexander Bergmann, Vorsitzender des »Vereins ehemaliger jüdischer Ghetto- und KZ-Häftlinge Lettlands« aus Riga. Sie alle tragen den Aufruf und die Forderung nach einem Deutschen Holocaust-Museum mit und sind der Meinung, daß es in der Bundesrepublik ein solches zusammenfassendes Dokumentations- und Informationszentrum über die NS-Gewaltherrschaft unbedingt geben sollte. Ich weiß übrigens aus Gesprächen, daß mancher eine solche Forderung nicht öffentlich äußern will, weil er befürchtet, ihm würde dies nachteilig ausgelegt. Hier werden angesichts des latenten Antisemitismus in unserer Gesellschaft Ängste deutlich, die erschreckend sind.

Werner Mittelstaedt: Seit Oktober 1995 bringt die Stiftung die Zeitschrift »Mitteilungen Stiftung Deutsches Holocaust-Museum« heraus. Sie informiert ausführlich über die Aktivitäten, veröffentlicht Briefwechsel und Meinungen von UnterstützerInnen und vieles mehr. In diesen einzelnen Ausgaben wurden zudem auch »Dokumente der Unmenschlichkeit« des Holocaust veröffentlicht. Es sind wichtige Beiträge zur Aufklärung und gegen das Vergessen, die jeweils für sich das Unmenschliche, das unfassbare und kaum in Sprache auszudrückende der Barbarei des Holocaust durch Zeitzeugen schildern. Mit dieser in Deutschland einzigartigen Zeitschrift leisten Sie bzw. leistet die Stiftung schon heute wichtige Arbeit zur Aufarbeitung des SS-Staates im allgemeinen und des Holocaust im besonderen. Was möchten Sie mit der Zeitschrift »Mitteilungen Stiftung Deutsches Holocaust-Museum«, die seit Oktober 1995 bereits 10 Mal erschienen ist, noch erreichen?

Hans-Jürgen Häßler: Ich freue mich über dieses Lob und bedanke mich dafür. Die Mitteilungen sind als Informationsschrift entstanden und sollten es mir eigentlich nur erleichtern, den Unterstützerinnen und Unterstützern des Aufrufes von Zeit zu Zeit die wichtigsten und neuesten Informationen gebündelt zur Kenntnis zu geben, um damit auch einen für alle gleichen Informationsstand zur Initiative zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten sie der Arbeitserleichterung dienen. Vor der Herausgabe der Mitteilungen mußten die zahlreich eingehenden Anfragen, Informationswünsche etc. einzeln beantwortet werden, was mit einem gewaltigen Arbeitsaufwand verbunden war. Dies änderte sich mit der Herausgabe der Mitteilungen, weil alle gleichermaßen informiert wurden und ich bei Anfragen nur auf die Hefte zu verweisen brauche. Die Mitteilungen sind somit als eine Art »Mitgliederzeitung« entstanden. Mit der Idee, Zuschriften zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen, wurde daraus aber ein Diskussionsforum mit vielen guten Ideen und Überlegungen sowohl für die Konzeption des angestrebten Museums als auch für die Aufklärungsarbeit schlechthin. Zudem kamen Berichte über die Arbeit der Stiftung, etwa über ihr Engagement bei der Errichtung kleinerer Gedenkstätten, die Vorstellung anderer Initiativen und Projekte etc. Die von Ihnen angesprochenen »Dokumente der Unmenschlichkeit« sind der Versuch, immer daran zu erinnern, um was es bei der Arbeit der Stiftung eigentlich geht und wie notwendig es ist, immer wieder über diese Verbrechen zu informieren und daran zu erinnern. Daß dabei auch Erstveröffentlichungen sind, freut mich besonders.

Insgesamt leistet die Stiftung mit der Herausgabe dieser Schrift auch ein Stück Aufklärungsarbeit. Dies wird offensichtlich zunehmend wahrgenommen, denn es gehen immer mehr Nachfragen ein und sollte es so weitergehen, ist abzusehen, daß Hefte nachgedruckt werden müssen. Ob man noch mehr erreichen kann, weiß ich heute nicht zu sagen. ➤

Ziel ist es erst einmal, dieses Niveau zu halten. Übrigens haben die Arbeiten zu Heft 11 bereits begonnen.

Werner Mittelstaedt: Wie hoch ist die Auflage der »Mitteilungen Stiftung Deutsches Holocaust-Museum«?

Hans-Jürgen Häßler: Die Auflage schwankt zwischen 2000 und 2500 Exemplaren.

Werner Mittelstaedt: Wann wird über die »Stiftung« im Internet berichtet?

Hans-Jürgen Häßler: Ich möchte die Stiftung gerne im Herbst ins Internet stellen. Wir arbeiten zur Zeit daran und erhoffen uns dadurch auch im Ausland eine größere Aufmerksamkeit für dieses Projekt.

Werner Mittelstaedt: Wie finanziert sich die Stiftung?

Hans-Jürgen Häßler: Die Stiftung finanziert ihre Arbeit fast ausschließlich durch Spenden. Die Erlöse des mündelsicher angelegten Stiftungsvermögens garantieren zwar eine Grundversorgung mit den wichtigsten Dingen, alle anderen Anstrengungen, so der Druck und Versand der Mitteilungen, unser Engagement bei der Gründung und Ausstattung neuer Gedenkstätten, der Druck interessanter, der Aufklärung dienlicher Schriften etc. müssen über Spenden finanziert werden, die überwiegend von den Unterstützerinnen und Unterstützern zufließen und für die wir sehr dankbar sind. Die Stiftung ist somit auf Spenden und weiteren Zustiftungen angewiesen und ich möchte hier gern die Gelegenheit nutzen, den Leser dieser Zeilen zu bitten, sich finanziell mit einer Spende oder gar mit einer Zustiftung an unserer Arbeit zu beteiligen. Als Gemeinnützige Körperschaft sind sowohl Zustiftungen als auch Spenden steuerbegünstigt.

Werner Mittelstaedt: Einen »Versuch«, den Holocaust mit der Intention zu dokumentieren, daß etwas vergleichbares nie wieder geschehen darf und die Menschen daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen werden, hat der amerikanische Filmregisseur Steven Spielberg initiiert. Im Jahre 1994 gründete er die »Shoa-Stiftung« (Zur Information für die LeserInnen: Survivors of Shoah Visual History Foundation = Stiftung für die visuelle Geschichtsschreibung der Überlebenden der Shoah - Shoah bedeutet im hebräischen Katastrophe, Untergang). Bisher wurden in über 50.000 zum Teil mehrstündigen Interviews in 32 Sprachen und in 52 Ländern mit Überlebenden der Konzentrationslager die Grauen des Holocaust beschrieben und diese Interviews auf Videokassetten aufgezeichnet. Davon wurden bislang rund 10.000 Interviews in deutscher Sprache geführt. Dadurch wurde das inzwischen weltgrößte Archiv mit Holocaust-Berichten aufgebaut. Über die Shoah-Stiftung sind sie der Öffentlichkeit zugänglich. (Zur weiteren Information für die LeserInnen: beachten Sie bitte auch die Internet-Homepage »www.vhf.org«.) Haben Sie Kontakte zur Shoah Stiftung, die übrigens auch im Internet unter »www.erinnern-online.de« unter der Schirmherrschaft von Dr. Michel Friedman Dokumente von Zeitzeugen des Holocaust in deutscher Sprache veröffentlicht?

Hans-Jürgen Häßler: Bisher haben wir noch keine wirklichen Kontakte zur Shoa-Stiftung Steven Spielbergs. Es gab vor wenigen Jahren einen Kontakt, der aber wieder eingeschlafen ist. Zudem trifft hier zu, was ich in Ihrer zum Zentralrat der Juden in Deutschland gestellten Frage zu beantworten versucht habe. Steven Spielbergs Arbeit ist ungeheuer wichtig und nicht von ungefähr ist er dafür ausgezeichnet worden. Wir verfolgen mit der Gründung des Museums aber eine andere Konzeption. Zwar haben auch wir in unserer Konzeption die dokumentarische Erfassung von Zeitzeugen, die selbstverständlich in dem geplanten Museum auch eine ganz wichtige Rolle einnehmen werden, aber wir benötigen keine systematische Erfassung. Notwendig wäre aber - sollte sich das Holocaust-Museum realisieren lassen - Hilfe von Steven Spielberg zu erbitten und eine Zusammenarbeit anzustreben. Ich hatte übrigens schon vor geraumer Zeit überlegt, Herrn Spielberg zu bitten, sich an dieser Museumsidee zu beteiligen. Ich habe diesen Gedanken aus dem Grund bisher nicht weiter verfolgt, weil es in meinen Augen ein Armutszeugnis für Deutschland wäre, wenn ein Amerikaner ein solches Museum im Land der Täter mit- oder gar ganz finanzieren sollte. Es wäre übrigens ein schönes Ergebnis dieses Interviews, wenn sich nun zur Shoa-Foundation ein engerer Kontakt ergäbe.

Werner Mittelstaedt: Sie haben das demnächst in die Realisationsphase (Baubeginn Sommer 2001) gehende Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin unterstützt. (Der Deutsche Bundestag stimmte im Juni 1999 für die Realisierung des Eisenman-Entwurfes plus einem zusätzlichen Informationsangebot über den Holocaust zu.) Können Sie etwas dazu ausführen?

Hans-Jürgen Häßler: Ich bin ja vorhin schon kurz darauf eingegangen. Es ist richtig, daß die Stiftung die Bemühungen des Fördervereins um die Journalistin Lea Rosh zur Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas von Beginn an unterstützt hat. Die Initiative für ein Deutsches Holocaust-Museum war immer der festen Überzeugung, daß die Shoa weltgeschichtlich und menschlich gesehen ein derart singuläres Verbrechen war, daß eine eigene herausragende Gedenkstätte für die verfolgten, erniedrigten, gequälten und ermordeten Juden Europas im Herzen der ehemaligen Reichshauptstadt ein überfälliges Zeichen auch des Schuldbekenntnisses ist. Frau Rosh und Professor Jäckel, die die Initiative für dieses Denkmal gemeinsam gründeten, ist dafür herzlich zu danken. Sie haben damit Großes geleistet. Dadurch, daß die Initiative für ein Holocaust-Museum diese Idee unterstützte, hat sie sicherlich zur Diskussion dazu befruchtend beitragen können, wofür wir dankbar sind. Vor allem an der schließlich vom Bundestag beschlossenen Form des Denkmals mit dem »Ort der Information«, wird die Stiftung Deutsches Holocaust-Museum einen Beitrag geleistet haben. Dies ist meine Meinung, auch wenn es nirgendwo so erwähnt wird. So hatten wir beispielsweise allen Bundestagsabgeordneten des 14. Bundestages vor der Abstimmung unsere Konzeption zugesandt und in einem Anschreiben für das von Staatsminister Dr. Naumann favorisierte »Haus des Erinnerns« geworben. Das es dann der »Ort der Informationen« wurde, ist etwas anderes. Auf jeden Fall wurde vermieden, daß es ein Denkmal ohne nähere Informationen wurde, was doch vielfach, auch aus unserem Unterstützerkreis heraus, kritisiert worden ist. Gedenken und Informationen gehören in diesem Falle zusammen. Für mich ist diese vom Deutschen Bundestag entschiedene Lösung wirklich eine optimale Lösung. Im Nachhinein möchte ich sogar sagen, daß die damals von Staatsminister Dr. Naumann eingeführte Konzeption, das Denkmal mit einem »Haus des Erinnerns« zu verbinden, vielleicht doch nicht die richtige Lösung gewesen wäre. Ein Denkmal für eine Opfergruppe mit einer eher allgemein gehaltenen zentralen Informations- und Dokumentationsstätte zu verbinden, wäre möglicherweise sogar problematisch gewesen. Insofern erscheint im Nachhinein unser Engagement für dieses »Haus des Erinnerns« etwas voreilig und nicht genügend reflektiert. Wie dem auch sei, der Deutsche Bundestag hat den richtigen Weg gefunden und das richtige Ziel gesetzt. Dafür ist ihm zu gratulieren. Mit dem Denkmal wird die besondere Rolle der Shoa im Rahmen aller NS-Verbrechen in besonderer Weise gewürdigt. Dies bedeutet aber, daß alle Opfergruppen eine gleiche Würdigung erfahren sollten. Sie dürfen kein Anhängsel zum Denkmal werden.

Werner Mittelstaedt: In den letzten Jahren wurden auf politischer Ebene des öfteren Vergleiche mit dem Holocaust angeführt. So zuletzt im Kontext des Kosovo-Krieges. Ich selber halte jedweden Vergleich mit dem Holocaust, moderat formuliert, für unangemessen, weil er in seiner Dimension alle bislang bekannten Grauel und Barbareien der Menschheitsgeschichte überdeckte. Holocaust-Vergleiche sind m.E. zudem eine Form »neuen Unrechts« gegenüber den Opfern und Überlebenden. Wie stehen Sie dazu?

Hans-Jürgen Häßler: Ich kann mich hier Ihrer Meinung nur anschließen und mein Bedauern darüber ausdrücken, daß es in unserem Land einzelne Politiker gibt, die offenbar den Vergleich mit dem Holocaust politisch und moralisch einsetzen oder gezielt benutzen, um eine möglicherweise problematische Politik vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Bei allem Verständnis für Reaktionen auf die Menschenrechtsverletzung im Kosovo, die auch mich übrigens tief betroffen gemacht haben, war der Vergleich mit dem Holocaust völlig unangebracht, zumal ja damit auch der Eindruck suggeriert wurde, andere Nationen begehen auch Holocaust, so singulär war dieses Verbrechen ja gar nicht. Ich will hier keine Absicht unterstellen, ich erachte diese Äußerungen aber als grobe Unbedachtheit und als ein Zeugnis unsensiblen und undifferenzierten Denkens der eigenen Geschichte gegenüber. Manchen mag sich sogar der Gedanke aufdrängen haben, hier sei schwerstes menschliches Leid politisch instrumentalisiert worden. Das darf natürlich nicht sein. Es wäre gut gewesen, diejenigen, die hier angesprochen sind, hätten sich bei den Opfern des Holocaust dafür entschuldigt.

Werner Mittelstaedt: Meiner Meinung nach wurde innerhalb der Aufarbeitung des Holocaust noch immer nicht adäquat erforscht und damit für die breite Öffentlichkeit verständlich wiedergegeben, unter welchen Bedingungen es möglich war, daß relativ viele Menschen der deutschen Bevölkerung zu Taten fähig waren, die zur industriellen Planung und Durchführung der Vernichtung von 6 Millionen Menschen jüdischen Glaubens, rund 500.000 Sinti und Roma, ungezählten körperlich und geistig Behinderten, Homosexuellen sowie Widerstandskämpfern- und -kämpferinnen führte. Dabei wurden von Menschen Grausamkeiten begangen, von denen Eugen Kogon in seinem Buch »Der SS-Staat« schrieb, »... Das Böse kann allerdings Formen annehmen, daß sich die Feder sträubt, sie zu Papier zu bringen, und ➔

das ist wahrhaftig ein Warnungszeichen. Ich habe Szenen gesehen oder geschildert bekommen, die ich nicht wegen ihrer Grausamkeit vergessen möchte, sondern wegen der in ihnen zutagegetretenen Furchtbarkeit des Bösen...« Können die Ursachen des Holocaust niemals adäquat erklärt werden? Können nur jeweils »Einzelgründe« ausfindig gemacht werden, die letztendlich die »Grenzen des Bösen im Menschen« aufdecken und uns allen eine deutliche Warnung sein müssen? Oder besteht die begründete Chance, daß durch das klare Erforschen der »Einzelgründe« des Holocaust aus einzelnen »Mosaiksteinen des Unfaßbaren« ein »Gesamtbild des Unfaßbaren« werden könnte, daß politisch und pädagogisch dann so eingesetzt werden könnte, daß z.B. der Rechtsradikalismus im Keim erstickt würde? Ich weiß, daß dies eine hypothetische Frage ist.

Hans-Jürgen Häßler: Das ist natürlich eine sehr komplexe und schwierige Frage, über die eigentlich seit Jahrtausenden nachgedacht wird: gibt es »das Böse« an sich. Ich muß gestehen, daß ich mit einem solchen Begriff wenig anzufangen weiß, obwohl ich ihn gelegentlich auch benutze. Er ist zu diffus, moralisch verbrämt und besagt eigentlich gar nichts. Als rational denkender Mensch meine ich, daß alles seine Ursachen und Wirkungen hat und auch »das Böse« durchaus etwas ist, was man mit Ursachen erklären kann. Ein Mensch wird nicht böse geboren, ebensowenig, wie ein Mensch als Rechtsradikaler, Nazi oder Mörder geboren wird. Dies würde ja voraussetzen, daß »das Böse« als Erbanlage vorhanden ist, wie dann »die Liebe« oder »das Gute« auch. Wäre dies so, gäbe es wirklich ja auch ein »Schicksal«. Nein, es sind verschiedenste Ursachen, die zur Ausprägung eines Menschen und seines sozialen Verhaltens führen, wobei die Komplexität und die Verknüpfungen der Ursachen eben schwer zu erforschen und zu benennen sind. Ein Mensch kann als Kleinkind einmal fürchterlich erschrocken sein, und trägt seitdem ein bestimmtes Verhalten in sich, daß sich bei gewissen Situationen immer wieder entläßt. Oder: seit langem ist bekannt, daß in der Erziehung ein falsches Wort, eine Ungeschicklichkeit in einem Kind ganz prägnante Reaktionen auslösen können, die später zu einem »bösen«, besser vielleicht zerstörerischen Verhalten führen können. So gibt es unzählige Kombinationen solcher Ursachen und Wirkungen. Dies ist das Fatale und schwer Faßbare daran.

Ich meine, jeder Menschen ist - was das Thema Ihrer Frage angeht - erst einmal ein Neutrum. Dies ist aber ein stark psychologisch behaftetes Gebiet, auf dem ich kein Experte bin. In bezug auf die Ermordung der europäischen Juden und der anderen, zahlreichen Opfergruppen sind aber konkrete Ursachen zu benennen. Wir wissen beispielsweise, daß eine ganz konkrete Triebfeder des Mordes an den europäischen Juden der von der Obrigkeit proklamierte Rassenwahn war. Hinzu kam ein übermächtiger Sozialneid. Die geplante Vernichtung der Juden Europas war ja ein gigantischer, in der Weltgeschichte bislang einmaliger Raubzug, von dem sehr viel mehr Menschen profitierten als bisher angenommen wurde: Wirtschaftskonzerne, Mittelständler, Akademiker, Beamte, Kunsthändler usw. bis hin zu den sogenannten kleinen Leuten, die sich für wenig Geld auf zahlreichen Auktionen mit jüdischen Besitz ausstatten konnten. Viele hatten etwas davon und die materielle Seite, die hierbei hinter dem sogenannten »Bösen« steckt, ist sicherlich ein ganz wichtiger Antrieb gewesen. Habgier war meines Erachtens ein ganz entscheidender Faktor.

Es fragt sich nun, wie man mit solchen Situationen umgehen kann, welche Mechanismen man einsetzen kann, um sich hier aus solchen Verstrickungen zu entkoppeln. Das ist natürlich ebenfalls eine äußerst schwierige und differenzierte Frage. Wir wissen heute, daß unter den Massenmördern ja auch viele Menschen waren, die meinten, gute Christen zu sein, oder die zahlreichen Intellektuellen, die von den Gymnasien und Hochschulen kamen, dort »humanistisch« erzogen worden sind und doch zu Massenmördern und Totschlägern wurden. Vielleicht liegt da aber der Schlüssel zu einer weiteren Erklärung: da das Vorbildhafte, das Idealisierte und dort der Mensch mit seinen Nöten, Ängsten und seiner Gier. Ich glaube, in dieser Diskrepanz mag manche Erklärung liegen. Insofern ist der Mensch schwach und kann sich vergehen. Das Perverse am Nationalsozialismus war für mich, daß er es staatlicherseits ermöglichte, ja begünstigte, diese für mich in erster Linie auf Existenzängste zurückzuführenden Schwächen im Menschen nicht nur ihren freien Lauf zu lassen, sondern auch noch zu belohnen. Hieraus ergibt sich eine Konsequenz für mich: Der Staat hat mit allen ihm zur Verfügung stehenden legalen Mitteln darauf zu achten, daß Menschenrechte und Persönlichkeitsrechte aller seiner Bürger uneingeschränkt geschützt werden. Fällt dieser Schutz weg, kann dieses wegen seiner Vielschichtigkeit schwer zu erschließende Handlungskonglomerat aus Ursachen und Wirkungen sofort wieder wirksam werden, zumal wenn es von einer entsprechenden Ideologie gestützt wird. Insofern ist der Satz »Wehret den Anfängen« richtig. Dies ist der Grund, warum ich so vehement für umfassende Aufklärung bin. Nur Aufklärung, Wissen um Zusammenhänge, Kenntnisse über die Lebensweise anderer etc. können zur Einsicht führen, nicht aber etwa ein Satz wie »Wir lassen uns unsere Republik von den Glatzen nicht kaputtmachen«. Solche

Redewendungen klingen zwar markig, schaffen aber keine Brücken, sondern grenzen aus, provozieren und sind eher kontraproduktiv.

Werner Mittelstaedt: Nun zu Themen, die die wertvolle Arbeit der Stiftung um so dringlicher macht, denn sie setzt sich für eine Gesellschaft ein, die human und friedlich ausgestaltet sein und die insbesondere aus ihrer Geschichte lernen sollte. Dennoch ist seit den frühen 1990er Jahren kaum ein Tag vergangen, an dem nicht Menschen anderer Hautfarbe, Nationalität, anderen Glaubens oder wegen ihrer Andersartigkeit nicht durch rechtsextremistische Übergriffe und Gewalttaten mißhandelt, verletzt oder sogar getötet wurden. Im Jahre 2000 hat die Zahl der gemeldeten rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten die Rekordhöhe von 15951 Fälle erzielt. Überdies gibt es noch eine Dunkelziffer. Es war eine Steigerung von Knapp 60% gegenüber dem Jahre 1999. Auch die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Menschen aus anderen Ländern hat sich laut Umfragen verschlechtert, so die jüngsten Umfragen. Wo liegen Ihrer Meinung nach hier die Ursachen? Haben hier nicht die Gesellschaft und ihre Institutionen als ganzes versagt und das seit Jahrzehnten?

Hans-Jürgen Häßler: Ich sehe eine Hauptursache für diese ganze Misere wirklich in der mangelnden Aufklärung der Bevölkerung. Es ist geradezu eine Tragödie, daß es aus den unterschiedlichsten Gründen versäumt wurde, gleich nach Kriegsende damit zu beginnen, die Bevölkerung gezielt und ausdauernd über diese rassistische, ihrem Wesen nach grundsätzlich inhumane und gefährliche Ideologie aufzuklären. Die Indoktrination in diesen zwölf Jahren war so nachhaltig und wirkungsvoll und stellte alles bisher dagewesene in den Schatten. Hinzu kamen die gewaltigen Ängste. Eine effiziente Aufklärung wäre bei der älteren Generation deshalb sicherlich schwierig gewesen, aber bei jungen Menschen hätte man Resonanz gefunden. In meiner Schulzeit beispielsweise fehlte jegliche Aufklärungsarbeit. Im Gegenteil: Lehrer, die im NS-Staat bereits unterrichteten und NSDAP-Mitglied waren, konnten bald wieder an Schulen lehren. Und dies war in allen Berufs- und Lebensbereichen der Fall, wie wir wissen, bis in höchste Regierungsstellen hinein, in allen Berufsverbänden und auch in der späteren Bundeswehr. Die Entnazifizierung war eine Farce. Überall saßen mehr oder weniger geläuterte Nazis, die natürlich versuchten, das alte verbrecherische System, an dem sie Anteil hatten, zu beschönigen. Ich meine, dies war der große Fehler, der sich bis heute verheerend auswirkt. Die Gesellschaft ist nach wie vor mit dieser Ideologie »verseucht«. Es waren dann die sogenannten 68er, die die Schuld der Väter unerschrocken, geradezu aus einer inneren Explosion heraus und weil die Gesellschaft an diesen alten Lügen und Verstellungen zu ersticken drohte, öffentlich machten, aussprachen, wie gewaltig die Schuld war und wie verlogen weiter so getan wurde, als sei nichts geschehen. Ich bin kein klassischer 68er, weil ich damals schon zu alt, verheiratet war und zwei Kinder hatte, aber ohne diese Bewegung wäre der mehr als notwendige Aufklärungsprozeß über diese Zeit hinweg weiter verhindert worden. Mit jener Zeit begann zaghaft die Aufklärung über dieses unmenschliche System, die aber immer wieder be- und verhindert worden ist, eigentlich beinahe bis in unsere Tage hinein. Die Ursachen für das nach wie vor in allen Bevölkerungsschichten vorhandene aggressive, fremden- und jüdenfeindliche Verhalten sind also alt und fußen m. E. auf diesen alten Versäumnissen. Es macht mich übrigens sehr nachdenklich, daß die 68er Bewegung heute so negativ dargestellt wird. Ich habe beinahe den Eindruck, als wolle man sich, sozusagen post mortem, an ihr gerade wegen ihrer entscheidenden Rolle um die Aufklärung über den Nationalsozialismus rächen, womit man natürlich wieder einen schweren Fehler beginge. Trotz begangener Fehler und Überreaktionen war die 68er Bewegung eine äußerst wichtige, positive Phase für unsere Demokratie, und zwar in vielen Bereichen. Vieles, was heute im Ausland positiv an Deutschland wahrgenommen wird, wurzelt in dieser Bewegung. Anstatt diese historische Leistung uneingeschränkt anzuerkennen, wird sie klein gesprochen. Wie soll sich in einem solchen Klima Aufklärung entwickeln? Für mich wird sich am angestrebten Holocaust-Museum zeigen, wo unsere Gesellschaft in bezug auf ihre Nazi-Vergangenheit heute steht. Die Darstellung und Diskussion der Täter, der Helfer und Nutznießer ist der springende Punkt in der Auseinandersetzung und nur darüber wird unsere Gesellschaft sich von den alten, nach wie vor tiefsitzenden Übel befreien. Für mich ist dies eine Frage von Schuld und Sühne. Möglicherweise sind wir davon noch weit entfernt.

Natürlich gibt es weitere Gründe, etwa die für bestimmte Bevölkerungskreise herrschende soziale Schieflage oder die besonders Jugendliche schwer belastende soziale Kälte dieser immer deutlicher auf Entsolidarisierung hinstrebenden Gesellschaft.

Werner Mittelstaedt: Haben Sie Vorstellungen darüber, wie insbesondere junge Menschen dem »Sog des Rechtsextremismus« entzogen werden können? Wo kann und sollte angesetzt werden? ➔

Hans-Jürgen Häßler: Wie ich eben ausführte, ist ein Mittel die umfassende Aufklärung über die NS-Zeit. Ganz bedeutsam ist ferner für mich, diese Menschen nicht von vornherein als unverbesserliche »Betonköpfe« abzustempeln und abzutun. So schwierig es auch sein mag, es muß versucht werden, mit ihnen in einen Dialog zu treten, um überhaupt erst einmal zu erfahren, wo ihre persönlichen Motive für ihr rechts-extremistisches Engagement liegen. Ignatz Bubis hat dies meines Erachtens auch so gesehen und hat daher versucht, mit solchen Jugendlichen zu reden. Natürlich hilft Reden nicht allein, es müssen auch Taten folgen. Viele rechtsextremistische Jugendliche geraten in diesen »Sog«, weil ihnen eine planbare Perspektive für ihr Leben fehlt. Eine Gesellschaft, die ihre Jugend nicht ausreichend fördert und mit allen Hoffnungen für die Zukunft ausstattet, darf sich nicht wundern, wenn es zu Verwerfungen dieser Art kommt. Ich sehe es beispielsweise mit großer Bedrücktheit, was sich in Berlin tut. Da werden die Ministerien mit viel Aufwand hergerichtet, wird das Beste vom Besten verarbeitet, ein Kanzleramt-Palast gebaut und auf der anderen Seite werden Jugend-einrichtungen gekürzt oder vollständig gestrichen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, ich habe nichts gegen eine würdige Repräsentanz, aber was soll diese überbeuerte zur Schaustellung ökonomischer Potenz? Es ist meines Erachtens auch der Widerspruch zwischen Worten und Taten von manchen Politikern, die allzuoft den Eindruck erwecken, sie haben diejenigen Jugendlichen bereits abgeschrieben, die nicht sofort den Einstieg in unsere Gesellschaft schaffen. Dieser Eindruck mag falsch sein, aber aus vielen Gesprächen mit Jugendlichen weiß ich, daß so gedacht wird. Rechtsradikalismus wirkungsvoll zu begegnen heißt daher in erster Linie auch, die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, unter denen sich Jugend entwickeln kann. Und diese Bedingungen müssen nun einmal nicht immer effizient im Sinne einer produktiven Wirtschaft sein. Insofern stellen sich hier vielleicht sogar auch Systemfragen. Die Vernachlässigung eines bedeutenden Teils unserer jungen Menschen ist neben mangelnder Aufklärung für mich das größte Problem. Politik muß hier noch energischer handeln, muß hier Prioritäten setzen. Anderenfalls wird die Jugend - zumal mit Blick auf den immensen Reichtum in unserem Lande - eigene Wege gehen. Wir brauchen endlich ausreichende Perspektiven für unsere jungen Menschen.

Werner Mittelstaedt: Ist im Kontext des gestiegenen Rechtsextremismus nicht auch die Pädagogik ganz besonders herausgefordert? Ich selber propagiere Ethikunterricht und Weltbürgerkunde für die Schulen. Meiner Meinung nach müssen Kinder und Jugendliche auch mehr Mitsprachemöglichkeiten zur Gestaltung ihrer Zukunft, aber ebenso auch mehr Pflichten auferlegt bekommen. Ebenso müßten viel mehr Streetworker gezielte Jugendarbeit leisten, insbesondere in den neuen Bundesländern. Hier wird vom Staat viel zu wenig investiert. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Hans-Jürgen Häßler: Ein Teil der Frage habe ich ja bereits angesprochen, die Perspektivlosigkeit. Ein weiterer Punkt ist natürlich eine Weiterentwicklung unserer Gesellschaft hin zu mehr Demokratie und Mitspracherechten zur Gestaltung der Zukunft. Vielen reicht es einfach nicht mehr aus, alle vier Jahre eine Partei wählen zu dürfen. Sie möchten sich aktiv und konkret an der Entwicklung der Gesellschaft beteiligen. Nun, auch dies sollte man nicht vergessen, haben wir ja einen Staat, der viel demokratisches Engagement erlaubt. Dies ist besonders für junge Menschen ganz wichtig und viele engagieren sich ja auch. Ich denke hier an die sozialen Dienste, an die vielen Initiativen gegen Rechts, an die Anti-Atomkraftbewegung und Friedensbewegung. Was sich diesbezüglich in den vergangenen 25 Jahren entwickelt hat, gab es noch nie in unserem Lande und ist vorbildhaft. Aber gerade in den vergangenen Jahren habe ich den Eindruck, als ändere sich hier die Situation. Besonders die Anti-Atomkraftbewegung gerät unter Druck, weil sie sich für Industrie und Politik zum unerwünschten Störfaktor zu entwickeln scheint. Ich will dies nicht weiter vertiefen. Aber auch hier trifft man die engagierten jungen Staatsbürger und jedes Zurückdrängen von Engagement ist eigentlich eine gesellschaftliche Niederlage, auch wenn gelegentlich beim Protest über die Stränge geschlagen wird. Dies ist bedauerlich und darf natürlich nicht sein. Auf der anderen Seite kann eine starke und gefestigte Demokratie darauf gelassen reagieren. Auch dies gehört zum Gesamtkomplex, wie gehen wir mit unseren jungen Menschen und deren Zukunft um. Denn die schon längst losgetretene Umweltkatastrophe trifft nicht die Älteren unter uns, sondern die Jugend. Man muß die Jugend meines Erachtens viel mehr einbinden und beteiligen, nicht ausgrenzen und wenn sie sich engagiert, vielleicht sogar noch diskriminieren. Dies gilt natürlich auch für die Schulen, die die zentrale Aufgabe hätten, kritische Staatsbürger zu erziehen und als Sonderprogramm, eben wegen der nach wie vor bestehenden Anfälligkeit, ausführlich über den Nationalsozialismus aufzuklären. Und auch der von Ihnen geforderte Ethikunterricht wäre ein bedeutender Schritt in Richtung Förderung von Völkerverständigung, allgemeinem sozialem Verhalten und zur Frage, wie gehe ich mit meinen Mitmenschen und mit

Fremden um. Ich meine, hier stehen die Kultusminister der Länder in großer Verantwortung. Für mich ist es höchste Zeit für eine entsprechende Schulreform auf diesem wichtigen Bildungssektor.

Werner Mittelstaedt: Was halten Sie von dem im Innenministerium diskutierten »Aussteigerprogramm für rechtsextreme Straftäter«, also Strafmilderung und soziale Eingliederungsmaßnahmen?

Hans-Jürgen Häßler: Grundsätzlich begrüße ich jede Maßnahme, die sich gegen eine weitere Stärkung des Rechtsextremismus wendet. Jeder Rechtsextremist oder jede Rechtsextremistin, der bzw. die zu besserer Einsicht kommt, ist ein wichtiger Erfolg für unser Gesellschaft. Ich kann allerdings die Erfolgsaussichten dieser Maßnahme nicht wirklich einschätzen. Ersten Meldungen zufolge, soll sie sehr erfolgreich sein, was gut wäre. Leichtes Unbehagen bereitet mir die vielleicht aber auch falsche Überlegung, daß diese Maßnahme andererseits zu einer Verhärtung der Situation führen kann, da durch sie innerhalb der rechtsextremistischen Szene Unsicherheit geschaffen wird, die wiederum zu Gewalt und zu einem noch engeren Zusammenrücken führen kann. Hinzu kommt die Befürchtung des Mißbrauchs: Jemand schwört öffentlich ab, bleibt im inneren dem alten Geist aber verbunden. Oder: was macht man gegen Rückfälligkeit usw. Es gibt somit viele Fragen dazu und somit zeigt für mich das Programm eigentlich nur eines besonders deutlich auf: man sollte grundsätzlich mehr auf vorbeugende Maßnahmen Wert legen und nicht erst reagieren, wenn das Problem bereits entstanden ist. Gerade was soziale Maßnahmen für Jugendliche anbelangt, gäbe es weitere Präventivmaßnahmen, um eine rechtzeitige Eingliederung in die Gesellschaft zu gewährleisten - und zwar ohne über diesen Umweg.

Werner Mittelstaedt: Wie sehen Sie das Verbot der NPD? Wird es Ihrer Meinung nach vom Verfassungsgericht für rechtsgültig erklärt werden?

Hans-Jürgen Häßler: Ich hoffe, daß die Anträge erfolgreich sein werden. Es darf nicht sein, daß eine verfassungsfeindliche Partei, unter deren Schutz sich eventuell sogar Straftäter begeben, die fremdenfeindliche und rassistische Thesen vertritt durch das Parteienförderungsgesetz in den Genuß von Steuergeldern kommt. Unschlüssig bin ich mir darüber, ob ein Verbot längerfristig zu dem erhofften Erfolg führt. Wie die Vergangenheit zeigt, werden solche Verbote schnell umgangen und wahrscheinlich ist man heute schon dabei, sich bei der NPD darüber Gedanken zu machen, unter welchen Namen man die Arbeit fortführen wird. Zudem befürchte ich durch die damit zwangsläufig verbundene Öffentlichkeit für diese Partei längerfristig sogar einen Gewinn. Denn besser als eine durch einen Rechtsstreit geförderte breite Diskussion ihres Programms wird sie dieses nicht in die Öffentlichkeit transportieren können. Und sicherlich wäre der Schaden erheblich, wenn die Klage in Karlsruhe abgewiesen würde. Ich hoffe, hier haben die Verantwortlichen ausführlich recherchieren lassen, damit dies nicht geschieht. Jedes Verbot übt zudem besonders auf Jugendliche einen Reiz aus. Ich sehe also auch gewisse Schwierigkeiten. Aber grundsätzlich ist dieser Antrag richtig und wird sicherlich auch abschreckende Wirkung haben. Ich möchte aber noch einmal auf meine Bitte an die Politiker zurückkommen: Es muß endlich eine Politik betrieben werden, die es erst gar nicht zuläßt, daß sich solche Gruppierungen bilden. Die Jugend muß die Perspektive haben, ihren Lebensweg gestalten zu können und nicht in das soziale Abseits geführt werden. Jugend braucht mehr als alle anderen Gesellschaftsgruppen Zukunftsperspektiven. Richtig ist, daß die jetzige Regierung bemüht ist, durch Programme Jugendlichen zu helfen. Dies ist sehr loblich, aber wie mir scheint, reichen diese Programme nicht aus. Die Jugend will mitgestalten, ihre Zukunft in die Hände nehmen, sie will experimentieren und nicht verwaltet werden. Sie will keine Almosen, sondern sie braucht ihren Gestaltungsfreiraum und auch das Recht zum Wandel, zum Irrtum. Alles dies scheint in unserer Gesellschaft immer mehr verloren zu gehen und die vielgelobte Freiheit ist oftmals für manche nur eine hohle Phrase. Ich wünschte mir mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung vor allem mehr Mitentscheidung und - ganz wichtig - mehr Arbeitsplätze. Hier hat nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft insgesamt eine große Verantwortung.

Werner Mittelstaedt: Vorausgesetzt, es gelingt die NPD zu verbieten, sollten nicht auch andere rechtsradikale Parteien, wie etwa die DVU, verboten werden?

Hans-Jürgen Häßler: Im Prinzip trifft auf diese Frage zu, was ich eben über die NPD gesagt habe. Verfolgt die DVU verfassungswidrige Ziele, muß auch sie verboten werden.

Werner Mittelstaedt: Was sagen Sie zu den sehr sehr späten und noch immer nicht ausgezahlten »Entschädigungen von NS-Zwangsarbeitern« durch den 10-Milliarden-DM-Entschädigungsfond, der zu 50% von der Deutschen Wirtschaft und zu 50% von der Bundesregie- ➔

rung nach sehr langen Verhandlungen mit der Deutschen Wirtschaft nun endlich aufgebracht wurde? Waren und sind die damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Implikationen nicht ein Trauerspiel für die deutsche Wirtschaft und dadurch für die Bundesrepublik Deutschland, wenn allein für die UMTS-Lizenzen von wenigen Konzernen binnen weniger Tage rund 100 Milliarden DM aufgebracht wurden?

Hans-Jürgen Häßler: Da ich kein Rechtsexperte bin, kann ich nur aus meinem Gefühl heraus Ihre Frage beantworten. Grundsätzlich hätte die Entschädigungsfrage bereits vor Jahren geregelt werden müssen und zwar nachhaltig und großzügig. Der weitaus größte Teil ehemaliger Sklaven- und Zwangsarbeiter, die Anspruch auf eine Entschädigung für erlittenes Leid, für geraubte Jahre ihres Lebens in Unwürde und Menschenverachtung gehabt hätten, ist ja bereits verstorben. Viele von ihnen sind in Armut und Verbitterung, rechtlos und mißachtet dahin gegangen, während die bundesdeutsche Gesellschaft, vor allem die bundesdeutsche Wirtschaft, hervorragend lebten. Hier ist eine weitere Schuld, wenn Sie so wollen, eine dritte Schuld entstanden, auf die nun schnellstens reagiert werden muß, um wenigstens den letzten Opfern dieser gigantischen Ausbeutung ein Stück ihres Leidens durch finanzielle Zuwendungen im hohen Alter zu lindern. Wiedergutmachen kann man diese Verbrechen ja sowieso nicht. Insofern ist die derzeitige Bundesregierung ein lange schwelendes Unrecht angegangen, was mit großem Respekt zu würdigen ist. Ich weiß nicht, was die Formel »Rechtssicherheit« bedeutet? Für mich verbirgt sich dahinter aber eine bürokratische Kälte, die mich sehr nachdenklich macht und den Eindruck erweckt, als fehle noch immer die Einsicht, die damals begangenen Verbrechen einzugestehen und anzuerkennen. Erfreulich, und auch dies sollte man erwähnen, ist die Reaktion derjenigen Firmen, die sich - obwohl es sie in der NS-Zeit nicht gab - an dieser Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft beteiligt haben. Nun, da Rechtssicherheit besteht und die Bundesregierung die Auszahlung am 30. Mai 2001 beschlossen hat, wird es hoffentlich umgehend zur Auszahlung kommen. Angesichts der Tatsache, daß täglich etwa 200 betroffene Zwangs- und Sklavenarbeiter sterben, darf wirklich keinen Tag länger gewartet werden. Graf Lampsdorf hat diesbezüglich völlig recht. Auch wenn es jetzt endlich zur Auszahlung kommen sollte, so bleibt aber wieder einmal der Eindruck, als tue sich die Bundesrepublik mit der Anerkennung der NS-Verbrechen nach wie vor sehr schwer.

Werner Mittelstaedt: Sie, lieber Herr Dr. Häßler, leisten die Hauptarbeit der Stiftung in rein nebenberuflicher und ehrenamtlicher Arbeit. Könnten Sie zu dieser Doppelbelastung für Sie und Ihre Familie etwas ausführen?

Hans-Jürgen Häßler: Diese Doppelbelastung ist natürlich seit Jahren ganz erheblich und ich bin dankbar, daß ich bislang mit einer guten Gesundheit ausgestattet bin. Aber die Belastung ist gelegentlich schon übermächtig, zumal ich täglich auch noch meinen Dienst als Fachwissenschaftler am Niedersächsischen Landesmuseum verrichte, was ich übrigens auch sehr gern tue, denn ich habe einen sehr interessanten Beruf. Neben dieser beruflichen Arbeit kommen täglich abends etwa 2-3 Stunden Stiftungsarbeit, viele Wochenenden und mancher Feiertag des Jahres. Lassen Sie mich aber hervorheben, daß diese gesamte ehrenamtliche Arbeit ohne das große Verständnis meiner Frau und meiner vier Kinder nicht denkbar wäre; insofern möchte ich die Gelegenheit nutzen, meinen Kindern, insbesondere aber meiner Frau herzlich für ihr Verständnis zu danken und selbstverständlich ist dies nur möglich, weil auch meine Frau als Pädagogin von der Notwendigkeit eines Deutschen Holocaust-Museums überzeugt ist. Angesichts der Tatsache, daß man nicht jünger wird, wäre es natürlich schön, in absehbarer Zeit die finanziellen Möglichkeiten zu haben, ein Büro

einrichten und wenigstens eine Schreibkraft finanzieren zu können. Ich möchte hier aber nicht klagen. Es ist ja eine selbstgewählte Aufgabe, die mir auch viel Freude bereitet und das Gefühl gibt, die Zukunft unserer Gesellschaft mitgestalten zu helfen.

Werner Mittelstaedt: Haben sie am Schluß noch einen Wunsch?

Hans-Jürgen Häßler: Ja, gerne, mehrere. Ich wünsche mir, daß sich die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag dazu entschließen, das von der Stiftung angestrebte Deutsche Holocaust-Museum als zentrale, nationale Dokumentations- und Informationsstätte über die NS-Gewaltherrschaft zu errichten. Angesichts des stetig ansteigenden Rechtsextremismus, von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus halte ich es für eine in der Bundesrepublik unverzichtbare Institution, auf die das Ausland seit langem wartet. Ich wünsche mir weiter, daß immer mehr Bürgerinnen und Bürger den Aufruf zur Gründung dieses Museums namentlich unterstützen und zusammen mit den bisherigen Unterstützerinnen und Unterstützern dieses Museum fördern. Auch über Zuschriften würde ich mich freuen. Darüber hinaus wünsche ich mir - bitte entschuldigen Sie, wenn ich dies hier anspreche - weiterer Förderer und Zustifter, um die Arbeit der Stiftung weiter auszubauen. Zustiftungen und Spenden sind steuerlich absetzbar. Last not least wünsche ich mir aber über alle genannten Wünsche hinaus, daß sich unsere Gesellschaft weiter in Richtung einer humanen, solidarischen Gesellschaft entwickelt und aus Einsicht heraus rechtsradikale Gewalt, Fremdenhaß und Antisemitismus keine Chancen mehr haben. Grundsätzlich glaube ich fest daran, daß dies möglich ist. Ich wiederhole gern meine Überzeugung, daß Menschen nicht als Rechtsradikale oder Rassisten geboren werden, sondern gesellschaftliche Ursachen dafür mit verantwortlich sind. Ist dies richtig, tragen wir alle ein Stück Mitschuld an der augenblicklichen Misere. Hieran muß gearbeitet werden. Das Deutsche Holocaust-Museum möchte seinen Teil zu einer solchen Gesellschaftsentwicklung beitragen. Dies ist Sinn und Zweck dieser Initiative.

Lassen Sie mich bitte am Schluß auch noch allen danken, die sich bislang aktiv für diese Initiative eingesetzt haben, den Vorstands- und Kuratoriumsmitgliedern der Stiftung, den Mitgliedern des Wissenschaftlerinnen- und Wissenschaftlerkreises, der die Konzeption mit erarbeitet hat, den vielen Persönlichkeiten, die in vielen hundert Zuschriften Ihre zum Teil in die Konzeption eingeflossenen Vorstellungen von einem solchen Museum genannt haben und natürlich schließlich den vielen Spenderinnen und Spendern, ohne deren großzügige Zuwendungen diese Arbeit nicht möglich wäre.

Werner Mittelstaedt: Ich hoffe, daß die Stiftung in absehbarer Zeit ihr Hauptziel, die Gründung eines Deutschen Holocaust-Museums, erreichen wird und bis dahin und darüber hinaus weiterhin wertvolle Beiträge zur Dokumentation und Information über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Frieden und Humanität leisten wird. Vielen Dank für dieses überaus wichtige und interessante Gespräch.

Anschrift:

Stiftung Deutsches Holocaust-Museum
Herrn Vorsitzenden Dr. Hans-Jürgen Häßler
Trierer Straße 6
D-30173 Hannover

Telefon und Fax: 0511/8093497

Stiftung Deutsches Holocaust-Museum

**Zentrum für Dokumentation und Information über Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Lern- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität**

Vorsitzender:

Dr. Hans-Jürgen Häßler
Trierer Straße 6
D-30173 Hannover
Telefon und Fax: 0511/8093497

Mitglieder des Vorstandes:

Dr. Hans-Jürgen Häßler, Hannover (Vorsitzender)
Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg i. Br. (Stellvertretender Vorsitzender)
Eckart Spoo, Berlin

Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung sind:

Ludwig Baumann, Bremen
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Berlin
Prof. Dr. Eveline Goodman-Thau, Berlin/Jerusalem (Stellvertretende Vorsitzende)
Günter Grass, Lübeck
Bernd Kauffmann, Weimar
Prof. Dr. Hans Küng, Tübingen
Dr. Christian von Heusinger, Braunschweig
Dr. Margarete Mitscherlich-Nielsen, Frankfurt/Main
Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Gießen
Eberhard Schöck, Baden-Baden

Prof. Rolf. Wernstedt, Hannover (Vorsitzender)
Prof. Dr. Wolfgang Wippermann, Berlin

Korrespondierende Mitglieder:

Volker Beck, MdB, Berlin
Walter Hirche, MdB, Berlin

Zeitschrift der Stiftung:

»Mitteilungen Stiftung Deutsches Holocaust-Museum«
(erscheint seit 1995 ein bis zwei Mal jährlich)

Schriftleitung und Redaktion: Dr. Hans-Jürgen Häßler

Spendenkonto:

Postgirokonto Hannover
BLZ: 250 100 30
Konto-Nr. 276 306-300

Bank für Gemeinwirtschaft Hannover / SEB
BLZ: 250 101 11
Konto-Nr. 148 572 150 0

Spenden sind steuerlich absetzbar

Bisherige Zustifter sind:

Beck, Wolfgang, München
Benz, Peter, Darmstadt
Brandauer, Klaus Maria, Wien
Eichler, Ute, Leverkusen
Hauenschild, Casper und B. von, München
Heusinger, Dr. Christian von, Braunschweig
Kroeger, Harm, Hannover
Pastor, Herbert, Wildeshausen
Schöck, Eberhard und Sabine, Baden-Baden
Troller, Georg Stefan, Paris

Aufruf

an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, an die Regierungen der Länder der Bundesrepublik und an alle politischen Mandatsträger zur Gründung eines »Holocaust-Museums. Zentralmuseum gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit. Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität«

Während in den USA 1993 das 60. Holocaust-Museum mit internationaler Beteiligung feierlich eingeweiht wurde, fehlt in der Bundesrepublik Deutschland bislang eine solche zentrale Gedenk- und Informationsstätte für die Opfer des durch Deutschland verschuldeten Holocaust.

Am 8. Mai 1995 jährte sich die Befreiung Deutschlands und Europas vom nationalsozialistischen Terror zum 50. Mal. Mit dem historischen Abstand ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, den Holocaust in seiner Singularität und Menschenverachtung umfassend aufzuzeigen und das Unfaßbare dokumentarisch zu präsentieren. Damit würde von unserem Lande aus ein Zeichen gegen den wieder erstarkenden Rechtsradikalismus gesetzt. Insbesondere sind wir jedoch den Opfern des Holocaust, vor allem den Juden, aber auch den Sinti und Roma, den politisch Verfolgten, den Homosexuellen, den Euthanasieopfern und vielen anderen gegenüber verpflichtet, diese schreckliche Tat anzuerkennen und zu versichern, rechtsradikalen Bestrebungen mit allen verfügbaren demokratischen Mitteln entgegenzutreten.

Denn schon versuchen rechtsextremistische Kreise in unerträglicher Weise, mit der »Auschwitzlüge« die Opfer zu verhöhnern, die Grauen des nationalsozialistischen Schreckenssystems zu verfälschen und zu relativieren, ja gegen die Opfer gerichtet umzudrehen. Neben täglich ausgeübter Gewalt, Totschlag und Morden an ausländischen Bürgerinnen und Bürgern findet somit auf geistig-ideologischer Ebene eine nicht mehr zu akzeptierende offensive Umbewertung nationalsozialistischer Verbrechen statt. Mit ihren Lügen, pseudowissenschaftlichen Argumentationen und sogenannten Beweisen sind diese Kreise bemüht, insbesondere die Jugend zu verunsichern, was ihnen leider schon wieder allzuoft gelingt. Es ist daher höchste Zeit, den Holocaust klar und unverzerrt darzustellen.

Als Standort für diese zentrale Gedenkstätte mit Museum, dem ein Forschungsinstitut angeschlossen sein sollte, schlagen wir Berlin vor. (...)

Bitte senden Sie den Abschnitt zurück an:

»Stiftung Deutsches Holocaust-Museum«
Dr. Hans-Jürgen Häßler
Trierer Straße 6
D-30173 Hannover

Tel./Fax: (0511) 8093497

Spendenkonto:

Postgirokonto Hannover
BLZ: 250 100 30
Konto-Nr. 276 306-300

Bank für Gemeinwirtschaft Hannover / SEB
BLZ: 250 101 11
Konto-Nr. 148 572 150 0

() Ich unterstütze den Aufruf zur Gründung eines »Holocaust-Museums. Zentralmuseum gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit. Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität«, in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden.

() Ich bitte um weitere Informationen.

Name:

Vorname:

Straße:

(PLZ) Wohnort:

Datum und Unterschrift:

Selbstentfaltungs-Netzwerke als Gegenbild zu den Zukunftsvisionen der EXPO 2000

von Annette Schlemm

Die EXPO ist zu einem kleinen Skandal geworden. Weil sie viel mehr Geld verschlang, als sie zu erwirtschaften versprach, aber auch wegen der für viele BesucherInnen einfach nicht vorhandenen Faszination angesichts einer Fülle von Bildschirmen und Leinwänden mit bunten, wackelnden Bildern und unverständlichen symbolüberladenen Installationen. Es wäre schade, wenn sich die Kritik an der EXPO auf das finanzielle Fiasko und die oft als enttäuschend empfundene Form der Präsentation beschränken würde.

Im Vorfeld machten die EXPO-Macher viel Werbung mit inhaltlichen Konzepten in Bezug auf die Agenda 21, das Schlußdokument der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Was 1992 noch euphorisch als wesentlicher Fortschritt in der Ökologisierung der Ökonomie Hoffnung hervorrief, hat sich inzwischen jedoch als weiterer Schritt dazu entpuppt, die herrschende Weltwirtschaftsordnung trotz ökologischer und sozialer Gefahren »nachhaltig« - mit mehr Mitbestimmung für Konzerne, mit mehr Atomenergie und Gentechnik - zu sichern. Daß die eben genannten Punkte gegenüber den scheinbar hoffnungsvollen Einbeziehungsdeklarationen für Umweltorganisationen und z.B. lokaler Gremien meist verschwiegen werden, sollte schon stutzig machen.

--- NEUERSCHEINUNG ---



»Freie Menschen in freien Vereinbarungen
- Gegenbilder zur EXPO«

vom

AutorInnenteam »Gruppe Gegenbilder«

(Annette Schlemm, Joerg Bergstedt, Stefan Meretz)

163 Seiten, A5.

ISBN: 3-934953-02-6

Einzelverkaufspreis: 19,80 DM.

ab 5 Stück: je 14,80 DM, ab 10 Stück 12,80 DM,
ab 50 Stück 10 DM

Zu bestellen bei:

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

Tel.: 06401/90328-3 (Fax: -5)

eMail: projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

Genau diese Absichten riefen die Kritik derer hervor, die hinter der grünen Fassade auf die unveränderten Quellen des Wachstumswahns und der Zerstörung aufmerksam machen wollen. In diesem Sinne wurden Aktionen vorbereitet und Informationen verbreitet, die sich gegen die ideologische Absicht wenden, gerade den industriellen Kapitalismus als Problemlösung für jene Probleme hochzuspielen, die er maßgeblich erzeugt. Aktionen und Flugblätter sind naturgemäß etwas kurzatmig. Außerdem beziehen sich diese Inhalte zumeist lediglich auf

die Information über die Gründe, sich gegen die EXPO-Inhalte zu stellen. Wir wissen aber, daß das einfache »Dagegen-Sein« nicht ausreicht. Wir selber suchen ja nach Alternativen zu jenen Zukunftsvisionen, die uns in der EXPO offeriert werden. Utopien sind aber rar geworden. Der »Kommunismus« hat wohl ausgespielt, die anderen »dritten Wege« werden an Staatsknete-Fördertöpfen stranguliert oder verkaufen ihre früheren Ideale gegen Privatkredite....

Fest unbemerkt von den Links-Alternativen, die mit dem alten Marxismus-Leninismus meist auch das Interesse für die Produktivkraftentwicklung verloren hatten, hat sich jedoch einiges in der Welt getan, was neue Hoffnung schöpfen läßt.

Die EXPO 2000 und die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihr wurde zu einem Anlaß, einen neuen Anlauf bei der Suche nach Gegenkonzepten zu machen. Die Broschüre »Freie Menschen in freien Vereinbarungen - Gegenbilder zur EXPO 2000«, im Juli 2000 in Saasen erschienen, faßt die Ergebnisse zusammen. Sie entstand nach einem Aufruf in einer Mailinglist - die Beteiligung war allen offen gestellt und freiwillig. Es zeigte sich, daß lediglich 3 Personen die Zeit zur Formulierung der Texte aufbringen konnten - jedoch die Diskussion über den Text im Internet, den die AutorInnen parallel entwickelten, blüht jetzt geradezu auf.

Inhaltlich werden in diesem Buch vielfältige Erfahrungen der Bewegung »Umweltschutz von unten« analysiert und in Bezug zu den Fragen gebracht: Was heißt Herrschaft heute? und Was erfordert der Kampf um Emanzipation heute?

Gesellschaft, Produktivkraftentwicklung und Herrschaftsformen

Herrschaft strukturiert die Gesellschaft seit vielen Jahrtausenden. Kaum jemand kann sich vorstellen, daß eine Ordnung ohne Herrschaft funktionieren kann. Im Buch werden die Formen der Gesellschaft und ihrer Herrschafts/Ordnungsstrukturen mit typischen Epochen der Produktivkraftentwicklung in Verbindung gebracht. Zur Produktivkraftentwicklung gehört neben der Produktion materieller Güter, die i.a. im Bereich des Wirtschaftlichen, Ökonomischen betrachtet wird, auch die kulturelle Entwicklung der Menschen. Hier gehen wir nicht vom Primat des Ideellen, ggf. Kulturellen aus, sondern betrachten bewußt die ökonomische Entwicklung als Grundlage für eine anzustrebende Möglichkeit der Aufhebung der Dominanz der Ökonomie über das menschliche Leben. So sehr wir diese Dominanz kritisieren - für die bisherige Weltgeschichte war sie zu prägend, als daß wir sie völlig außer acht lassen könnten.

Die menschliche Entwicklung bezog sich in einer ersten Epoche vorwiegend auf die maximale Ausschöpfung der Potenzen der Natur in unmittelbarer Weise in der Landwirtschaft, Bergbau usw. Handwerk, auch Handel und andere Tätigkeiten waren eher sekundär, nur begleitend. In dieser Epoche fand auch der grundlegende Wandel von eher gemeinschaftlich-egalitären Lebens- und Wirtschaftsweisen zu herrschaftlichen Formen, die sich zuerst im Patriarchat konstituierten, statt. Die wichtigsten Entwicklungsschritte in dieser Epoche bezogen sich auf technische und organisatorische Verbesserungen der Landwirtschaft. Wissenschaftlich-kulturelle Blütezeiten in verschiedenen Kulturen begleiteten sie. Im Handwerk setzten die Zünfte dem technischen Erfindertum klare Grenzen - seine Entwicklung beruhte im wesentlichen auf der allgemeinen städtischen Entwicklung auf Grundlage der Freisetzung von Menschen aus der Landwirtschaft (Pkt. 2.1.A, S. 18). Die Gesellschaft war damals im wesentlichen durch persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse bestimmt. Herrschaft, wie auch nicht-herrschaftsförmige Beziehungen zwischen Menschen beruhten auf konkreten Beziehungen. Was daran das Besondere ist, sieht man vielleicht erst, wenn man die Herrschaftsform der späteren Zeit kennt. Mit dem Aufstieg des Kapitalismus nämlich - in einer zweiten großen Epoche - wurden die personal strukturierten Beziehungen zerschlagen, die früheren Bauern und Landarbeiter wurden zu »doppelt freien« Lohnarbeitern: »frei« von Boden und Produktionsmitteln und »frei«, seine Arbeitskraft zu verkaufen (Pkt. 2.2.A, S. 28). Neben den meist thematisierten negativen Konsequenzen ist eine Befreiung aus persönlichen Abhängigkeiten nicht zu übersehen. Die vereinzelt Menschen und ihre Arbeit treffen sich seitdem im Wesentlichen nur noch über anonyme Strukturen, die Märkte. Auch das entlastet von persönlichen Abstimmungsereignissen. Die Arbeit wird nicht mehr direkt für andere Menschen erledigt, sondern für anonyme Märkte. Dabei wird nur ausgetauscht, was auf Bedarf trifft und Bedarf nach Arbeitskraft haben die Produktionsmittelbesitzer nur, wenn sie aus der Anstellung mehr Wert (»Mehrwert«) ziehen können, als sie als Lohn ausbezahlen müssen. Alles »muß sich rentieren« - und was sich rentiert, wird nicht mehr danach gefragt, was es mit Mensch und Natur anstellt, ob es sinnvoll ist oder z.B. zerstörerisch wirkt. Der abstrakte Wert vermittelt alle ➔

Beziehungen, konkrete qualitative Anforderungen werden höchstens nebenbei erfüllt. Diese »Wert-Vergesellschaftung«, speziell das Streben nach Verwertung (d.h. Mehrwert erheischenden »Investition«) des Kapitals kennzeichnet den Kapitalismus als Gesellschaftsordnung - und die Herrschaftsbeziehungen, die sich eben nicht mehr primär zwischen Personen abspielen, sondern alle Personen sind nur Marionetten im Konkurrenzkampf um mehr Profit. Da die konkreten Zwecke hier nicht unmittelbar den Austausch bestimmen, können sie die Steigerung der Wertschöpfung (die sich durch den Konkurrenzkampf um immer mehr Mehrwertanteile hochpusht) auch nicht aufhalten. Auch politische Grenzziehungen (»Sozialstaat« etc.) können nur flankierend einwirken, nicht die Richtung bestimmen. Die »sachlichen Mächte« der Kapitalverwertung setzen sich hinterrücks durch und erscheinen auch im Denken als Argument: »Alles muß sich rentieren«. Nicht die Böswilligkeit der Kapitalisten (was im Vorwurf eines »Strebens nach Maximalprofit« immer anklingt) ist die Ursache der Probleme, auch nicht eine eventuelle Unmäßigkeit der Bedürfnisse der Menschen, sondern diese Art der Vergesellschaftung über abstrakte Werte. Dieser »Sachzwang«-Charakter macht es auch so schwer, diese Form der Herrschaft zu durchschauen. Es nützt auch nichts und wäre falsch, irgendein persönliches Feindbild zu entwickeln - der »böse Kapitalist« kann gar nicht anders, als den Gesetzen des Marktes und der Kapitalverwertung folgen, solange er auf dem Markt bleiben muß - genauso wie jeder Mensch, der nur seine Arbeitskraft zu verkaufen hat, in diesem sinnlosen Spiel drinbleiben muß - und wenn z.B. die Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen noch so irrsinnig sind (Kap. 2.2.B., S. 31). Während die genannte erste Epoche weltweit viele verschiedene und vielfältige Formen und Prozesse zuließ, tendiert die zweite Epoche dazu, sich alles, aber auch wirklich alles auf dieser Welt unterzuordnen. Saatgut wird privatisiert, Gene werden patentiert, die letzten Reste regionaler Eigenständigkeit werden durch IWF-Kampagnen zerstört... Kulturelle Vielfalt und postmoderne Beliebigkeit sprechen nicht gegen diese globalisierte Unterordnung, sondern sind primär nur eine Form, in der sich die Verwertungszwänge auch diesem Bereich durchsetzen - denn zum Trend wird nur das gemacht, was Geld bringt - und diese müssen möglichst oft wechseln, damit möglichst viel Geld zu machen ist. Glücklicherweise entsteht auf diesem Boden immer auch mehr, als »im System« selbst gebraucht wird. Dieser Überschuß ist eine der Grundlagen für die Hoffnung auf die letztliche Überwindung jeglicher Unterordnungsbeziehungen in der Gesellschaft. Neben der - durchaus unbeabsichtigten - Erzeugung dieser kulturellen Überschüsse ermöglichte diese Loslösung der wirtschaftlichen Dynamik von den konkreten Bedürfnissen eine Beschleunigung der Entwicklung technischer Mittel (2.1.B, S. 19). Da kein erreichter Stand der Entwicklung ausreicht, sondern die Konkurrenz jeden einzelnen Produzenten immer weitertreibt, erreicht die Entwicklung der technischen Mittel in dieser Epoche eine maximale Dynamik. Manufakturen, Fabriken, Konzerne... Werkzeugmaschinen, Roboter, flexible Universalautomaten... Windkraft, Dampfkraft und Elektrizität... all dies bescherte uns eine sehr hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität. Viel weniger Menschen können immer noch viel mehr herstellen, als wir eigentlich bräuchten (sonst müßte nicht über die Hälfte der Arbeit mit Marketing und Werbung verbraucht werden). Diese Steigerung der Arbeitsproduktivität war auch ein absolutes Muß für die realsozialistischen Staaten, wenn sie zum Kommunismus, der Gesellschaft, in der nicht mehr die Leistungen, sondern direkt die Bedürfnisse den Verbrauch bestimmen sollten, kommen wollten. Auch bei einem Verzicht auf Gen- und Kerntechnik, einer kritischen Verwendung und Weiterentwicklung der anderen technischen Mittel ist diese Arbeitsproduktivität auf ein Maß geschnellt, das es ermöglicht, die Rolle der Ökonomie, des Reichs der Knappheit, zu reduzieren.

Gegenüber dieser sich eher auf die technischen Mittel beziehenden Debatte erlangt aber ein anderer Faktor endgültig den Vorrang. Schon Marx verwies bei der Analyse der neuen Produktionsformen des Kapitalismus in Werkzeugmaschinenfabriken auf die Wirkung für die Menschen: einerseits brutal zu Teilen der Maschine degradiert - andererseits ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse tendentiell trotzdem erweiternd. Heute zeigt sich endgültig, daß die modernsten technischen Mittel selber nicht von stupiden Knöpfchendrückern oder Kraftprotzen effektiv genutzt und entwickelt werden können - sondern nur in Verbindung mit flexiblen, motivierten, kreativen Arbeitskräften auch effektiv funktionieren. Alle modernen Managementkonzepte, die sich um die Entwicklung von Teamwork, von Kreativität bei den Mitarbeitern, um die Abflachung von Hierarchien usw. bemühen, sind ein Kennzeichen für diese innere Notwendigkeit der Entwicklung. Die Menschen selbst geraten immer mehr in den Mittelpunkt nicht nur der Ausbeutung, sondern auch der Quelle der weiteren Entwicklung der Produktivität. Die Mittel werden wieder mehr zu Mitteln der Entwicklung der produktiven Kräfte der Menschen - wenn auch noch im Dienste der Kapitalverwertung. Dieses »noch« macht auch das Problem aus. Es führt dazu, daß es uns sehr schwer fällt, in der Selbstentfaltung der Menschen den Inhalt einer wünschbaren zukünftigen Entwicklung - und gleichzeitig das

kapitalismusüberwindende Potential - zu sehen. In der jetzigen Gesellschaftsform sehen wir sie häufig nur in den Erscheinungen Egoismus, Verantwortungslosigkeit und Selbsttätigkeit. Aber ehrlich: wie oft hat jede/r von uns schon gedacht: »Ich selber würde mich am liebsten in die Gesellschaft hinein entfalten... aber die vielen anderen machen ja nicht mit!« Wenn das alle denken...!

Menschliche Selbstentfaltung als Ziel und Mittel der Emanzipation

Menschen streben seit spätestens ihrer Geburt danach, sich selbst zu entwickeln. Da ist nicht nur etwas schon Vorhandenes zu »verwirklichen«, sondern es entstehen immer wieder neue Entfaltungspotentiale. Jeder einzelne Mensch entwickelt sich auch nicht nur für sich selbst - sondern menschliches Dasein ist immer auf die Gesellschaft bezogen. Man kann sich nur in einer Gesellschaft selbst entfalten, in der sich alle anderen auch selbst entfalten können. Dadurch ist das Eigeninteresse mit den Interessen aller verknüpft (2.1.C, S. 25).

Stellen wir uns doch mal eine Gesellschaft vor, in der die Menschen nicht seit der Kleinkindzeit darauf getrimmt werden, »besser zu sein« als andere, die anderen als Konkurrenten zu betrachten und sich ansonsten an die Realität anzupassen - oder einfach völlig ohne Orientierung in einer unverständlichen Welt allein gelassen zu werden. Verlängern wir die kindliche Neugier, das knobelnde Herantasten an Neues, die Freude, mit anderen gemeinsam etwas zu erreichen usw. in die große Gesellschaft. Ist das eine Utopie? Selbstentfaltung als Inhalt einer neuen Gesellschaft, deren Form die selbstbestimmte Vernetzung ist. Diese Vision unterscheidet sich von den meisten früheren Utopien, weil sie gerade nicht von vornherein festlegt, wie das Leben dann genau organisiert zu sein hat. Die Menschen werden selbst entscheiden, wie sie leben - ohne daß eine Lebensweise allen anderen aufgedrängt werden muß. In selbstbestimmten »Wahlverwandtschaften«, wirtschaftlich-ökologisch den regionalen Bedingungen angepaßt - aber informationell mit der ganzen Welt vernetzt. Auf dieser Grundlage werden viele utopische Gedanken realisierbar: Ökologie: dezentrale Vernetzung der Wirtschaft auf jeweils regional angepaßter Basis; Ökonomie: Wirtschaftsdemokratie »von unten«; politische Form: jeweils selbstbestimmte Ordnung ohne Herrschaft,... Der früheren Skepsis »Das funktioniert nie - und wenn, ist es ineffektiv« kann jetzt wenigstens ein Beispiel entgegengestellt werden:

In der Softwareszene gibt es seit den 80er Jahren zwei mächtige neue Prinzipien:

- a) 1984 ärgerte sich Richard Stallmann darüber, daß Quelltexte von Computerprogrammen nicht mehr - wie in der Computerszene früher üblich - untereinander ausgetauscht und verbessert werden konnten, sondern plötzlich durch Firmen mit Nichtweitergabeverpflichtungen (Non-Disclosure Agreement) belegt wurden. Im nächsten Jahr gründete er deshalb die Free Software Foundation (FSF), mit der er daran ging ein freies Betriebssystem zu entwickeln. Die »Freiheit« steckt in einer neuen Lizenz, der GNU General Public License (GPL). Im Gegensatz zu den Copyright-Prinzipien beinhaltet GPL (auch »Copyleft« genannt) die Rechte zur freien Benutzung des Programms, Kopien des Programms zu erstellen und zu verbreiten, das Programm zu modifizieren und modifizierte Versionen zu verteilen. Dabei muß der Quelltext frei jederzeit verfügbar sein und bleiben, die Lizenz eines GPL-Programms darf nicht geändert werden, und ein GPL-Programm darf nicht Teil nicht-freier Software werden. Im Rahmen der Diskussion über diese Prinzipien wurden bald Analogien zur Nicht-Softwarewelt klar. Es zeigt sich, daß dieses Copyleft das Aufbrechen alter Eigentums- und Besitzrechtsstrukturen ermöglicht. Die darauf basierende Softwareszene steigt im Prinzip völlig aus dem Wert-Prinzip aus. Sie tauscht ihre Teilarbeiten nicht mal, sondern jeder gibt, was er mag - und empfängt, was durch alle entsteht. Daß diese Möglichkeit zuerst im immateriellen Softwarebereich entstand, ist sicher kein Zufall - muß aber keine Grenze der Anwendbarkeit bedeuten.
- b) Die Herstellungsweise der Software verlief zuerst noch nach bekannten Prinzipien: Wie bei einer Kathedrale entwickelt jemand die Grundgedanken ausführlich und perfekt, macht den Plan erst bekannt, wenn möglichst alle Fehler behoben sind und setzt dann nur so viele Personen, wie unbedingt notwendig sind geplant an die Arbeit am Projekt. Das fand Thorvald Linus nicht so gut. Er meinte, daß mehr Leute mehr Fehler finden und hatte keine Scheu, auch frühe Versionen seiner Arbeit am Kernel des Betriebssystems (Linux) offen im Internet zur Diskussion zu stellen. In einem grundlegenden Artikel stellte Eric S. Raymond diese Basar-Produktionsweise der früheren Kathedralen-Bauweise entgegen und konstatierte - selbst erstaunt - , daß auf diese Weise die Produktion insgesamt fehlerfreier, effektiver und kreativer abläuft. In der Softwareszene läuft die Diskussion dabei nicht völlig unstrukturiert, chaotisch ab. Sondern der Initiator wird meistens ➡

der sog. »Maintainer« des Projekts, d.h. er bekommt für ein konkretes Projekt die Verantwortung, was mit sich bringt, daß er ab und zu neue Zwischen- oder Endversionen festlegt. Er hat dadurch keine Macht über die Beteiligten, denn er ist von ihrer freiwilligen Beteiligung abhängig.

Diese beiden Prinzipien lassen sich auch auf die Nicht-Software-Welt übertragen, wenn auch keinesfalls komplikationslos. Seit ca. einem Jahr hat ihre Thematisierung in diesem Sinne jedoch bereits eine breite Debatte losgetreten, an der sich Menschen aus vielfältigen Zusammenhängen beteiligen. Auch die Debatte selbst wird inzwischen weitestgehend in einer von Linux abgeschauten Plattform im Internet, OpenTheory, ausgetragen.

Eine OpenSociety in diesem Sinne beruht auf den Selbstentfaltungsprozessen der Menschen, die sich selbstbestimmt vernetzen. Je nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten finden sie selbst die optimalen Verknüpfungsmöglichkeiten ihrer Aktivitäten, schaffen sich Entlastungen von unmittelbaren Abstimmungsaufgaben, teilen Verantwortung und Arbeit jeweils »von unten«. Technisch ist die Voraussetzung dafür da, auch für eine hohe Arbeitsproduktivität, so daß die Herstellung der notwendigen Güter nicht mehr so viel Lebenszeit auffressen muß, wie sie das heute noch tut. Dieser Fakt wird zwar manchmal skeptisch hinterfragt, macht aber nicht so viele gedankliche Probleme wie die Frage, ob die Menschen tatsächlich da mitspielen und wie man dahin kommen kann. In kleineren Gruppen gibt es dazu Erfahrungen aus der Alternativszene. Jetzt käme noch eine weitreichende selbstbestimmte Vernetzung hinzu.

Das Interesse und vor allem die Möglichkeit zu Selbstentfaltung ist in der Gegenwart viel weiter entwickelt als noch vor einer oder zwei Generationen. Die »Fun-Generation«, die »Spaßgesellschaft« ist ein Merkmal für dieses Bestreben - allerdings lediglich bezogen auf jene Teile der Persönlichkeit, bei der in dieser Gesellschaft die Entfaltung möglichst mit Profitmacherei verbunden ist. Daß mehr und mehr Menschen aber tatsächlich nicht mehr nur auf Arbeit gehen, um Geld zu verdienen, sondern sie sich für die Arbeitsinhalte, ihren Zweck interessieren und auch interessieren sollen, um effektiv arbeiten zu können, bestärkt diesen Trend. Gegenwärtig verspüren auch schon viele den innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft unaufhebbaren Widerspruch zwischen den Selbstentfaltungsbedürfnissen und dem Zwang, daß man selber immer mehr für die Profitabilität seiner eigenen Arbeit verantwortlich gemacht wird (S. 26). Unserer Meinung nach hat der Widerspruch zwischen Selbstentfaltung und Verwertungszwang (S. 37) deshalb eine systemsprengende Potenz. Potenzen, d.h. Möglichkeiten werden aber nicht automatisch Realität, sondern bedürfen einer bewußten Realisierung von Menschen, die sie wünschen. Es ist günstig, wenn unserem Streben eine objektive Tendenz zugrunde liegt, aber wir selbst müssen uns auch unseren Zielen entsprechend verhalten, wenn wir sie erreichen wollen. Dabei kann es jedoch nicht so sein, daß irgend jemand den »richtigen Weg« festlegt und die anderen »führt«. Jegliche Aktivität muß aus den Selbstentfaltungsinteressen der Beteiligten erwachsen - sonst hat es auch keinen Zweck, sie quasi »von oben herab« organisieren zu wollen. Das führt zu einem wichtigen Grundsatz: auch die Beziehungen der Menschen, die Gesellschaft verändern dürfen nicht so sein, daß Beteiligte instrumentalisiert werden (Kap. 2.3.C, S. 47f.). Instrumentalisierung wäre die Herabsetzung des anderen als Instrument der Durchsetzung eigener bzw. vorgeblich gemeinsamer Interessen - wie es in der realen Politik auch im Alternativbereich noch allzuoft vorkommt. Nur wenn die Ziele der Einzelnen tatsächlich allgemeine Ziele sind, also nicht gegen die Interessen bestimmter Personen oder Gruppen gerichtet sind, können sie Grundlage für von allen Beteiligten selbst bestimmte Beziehungen sein. Dies bezieht sich auf das Binnenverhältnis in emanzipativen Gruppen und Bewegungen - aber auch ihr Verhältnis gegenüber der weiteren Öffentlichkeit. Wir sehen in den neuen Formen, die weltweit in vielen politischen Bewegungen entwickelt werden, wie der EZLN in Mexiko (S. 51) oder der internationalen People's Global Action (S. 115) Beispiele dafür. Auch die Bewegung »Umweltschutz von unten« basiert in dieser Weise auf Aktivitäten »von unten«, die sich selbst vernetzen.

Annette Schlemm, Kontakt über: annette.schlemm@t-online.de

30.09.2001: Zivile Inspektion des Atomwaffenstützpunktes Büchel

Ort: Büchel (Eifel)

Kontakt: Initiative Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen
Lenzheide 53, 70806 Kornwestheim
Tel.: +49-7154-22026 - Fax: -186643

Homepage: www.gaaa.org

Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. - GZS

Aufgaben und eine Skizze bislang erbrachter Leistungen der GZS

- Förderung und Verbreitung zukunftsrelevanten Wissens als Grundlage zukunftsfähiger Entwicklungen in der Bevölkerung.
- Durchführung und Mitarbeit von Veranstaltungen und Publikationen im Bereich der Zukunfts- und Friedensforschung. (Seit Bestehen der GZS wurden über 80 Veranstaltungen mit den unterschiedlichsten Themen zur Zukunfts- und Friedensdiskussion von der GZS selbstverantwortlich oder in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen durchgeführt!)
- Wissens- und Erfahrungsaustausch mit Organisationen der Zukunfts- und Friedensforschung, unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen (Neue Soziale Bewegungen) und mit Bürgerinnen und Bürgern (Vernetzungsarbeit).
- Durchführung von Umfragen zu zukunftsrelevanten Themen.
- Mit- und Ermutigungsarbeit beim Aufbau von Projekten in den Bereichen Zukunfts- und Friedensarbeit.
- Dialog über Zukunftsthemen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Technik, Politik und Kultur.
- Regelmäßige Herausgabe der Zeitschrift »Blickpunkt Zukunft« als Hardcover und Volltextausgabe im Internet.
- Herausgabe weiterer zukunftsrelevanter Publikationen.
- Kostenlose Beratung für interessierte Personen (Literaturberatung, Kontaktvermittlung, Zukunftswissen).
- International angelegte Korrespondenz (über 6000 Brief- und eMail-Kontakte).
- Möglichkeiten für GZS-Mitglieder in BLICKPUNKT ZUKUNFT zukunftsrelevante Beiträge zu veröffentlichen.
- Aktivitäten gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Faschismus und Menschenfeindlichkeit.
- Ausgewählte Veröffentlichungen von GZS-Mitgliedern auch im Internet.

Beitrittserklärung zur GZS

Bitte die nachfolgende Beitrittserklärung ausfüllen, ✂ und noch heute per  zur GZS senden! Oder fordern Sie Satzung und Arbeitsprogramm gegen einen mit 3,-- DM Porto vorfrankierten Rückumschlag!

GZS - z.H. Werner Mittelstaedt
Drostenhofstraße 5
D-48167 Münster

eMail: Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Internet: <http://mitglied.tripod.de/GZSBLIZU/>

Name, Vorname (Institution)

Straße, Hausnummer

Land, PLZ, Wohnort, Telefon

Ort, Datum, Unterschrift

Meine / unsere Mitgliedschaft soll beginnen

am: _____

Mein / unser Mitgliedsbeitrag beträgt: _____

Die GZS-Mitgliedschaft beträgt pro Jahr nur DM 60,--;
Für SchülerInnen, StudentInnen; Arbeitslose DM 30,--.
Für Ehepaare DM 72,--. Für juristische Personen DM 240,--.
Eine Spendenquittung wird automatisch zugestellt.
Die Mitgliedschaft ist jederzeit kündbar!

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein praxisnahes Forschungsinstitut an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Sie vertieft das Wissen um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Deutschland und Europa.

In einer Zeit, in der diese Begriffe als Schlagworte immer stärker von politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen aufgegriffen werden, ist eine seriöse, wissenschaftliche und handlungsorientierte Aufklärung und Beschäftigung mit diesem Thema wichtiger denn je. Die SRzG organisiert dazu Tagungen und gibt allgemeinverständlich geschriebene Bücher und Positionspapiere heraus, die mit klaren Empfehlungen und möglichen Zukunftsszenarien abschließen. Außerdem veröffentlicht sie zusammen mit ihrer Schwesterorganisation, der Jugendorganisation YOIS, eine Zeitschrift namens »Generationengerechtigkeit!« in einer Auflage von 6.000 Stück. Die Zielgruppe sind die Entscheidungsträger von heute und morgen. Zum einen werden 666 Bundestagsabgeordnete, 250 Journalisten, hunderte Unternehmensvertreter und zahlreiche Professoren beschriftet, zum anderen 2.500 engagierte junge Menschen aus verschiedenen Studienrichtungen, die Entscheider von morgen.

Mit ihren Aktivitäten verfolgt die SRzG neben der wissenschaftlichen Recherche einen weiteren Zweck: Sie möchte dazu beitragen, das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in allen Bereichen zu schärfen, die das Verhältnis der Generationen untereinander betreffen. Selbst noch von dem jüngsten Stiftungsvorstand in Deutschland geleitet, setzt die SRzG vor allem auf die nachrückende Generation, da sie davon überzeugt ist, dass junge Menschen kreative und unideologische Konzepte haben, um Zukunftsprobleme zu lösen.

Dem Kuratorium gehören an:

Prof. Dr. Ortwin Renn (Vors.), Prof. Dr. Ernst U. von Weizsäcker, Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Dr. Jürgen Borchert.

Zum Wissenschaftlichen Beirat zählen (alphabetische Reihenfolge): Carl Amery, Prof. Dr. Hans C. Binswanger, Prof. Dr. Dieter Birnbacher, Lord Ralf Dahrendorf, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, Hans-Peter Dürr, Prof. Dr. Alfred Grosser, Prof. Dr. Peter Grottian, Hildegard Hamm-Brücher, Prof. Astrid Hedtke-Becker, Dr. Uwe Jean Heuser, Prof. Dr. Karl-Otto Hondrich, Prof. Dr. Hartmut Kreikebaum, Annette Lepenies, Prof. Dr. Mihajlo Mesarovic, Uwe Möller, Prof. Dr. Hubertus Müller-Groeling, Prof. Dr. Claus Offe, Prof. Dr. Andrei Plesu, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Prof. Dr. Werner Weidenfeld.

Für Ihre Arbeit wurde die SRzG im Mai 2000 mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet. Aus der Pressemitteilung der Theodor-Heuss-Stiftung: »Mit der 36. Verleihung der Theodor-Heuss-Medaillen wurden Initiativen ausgezeichnet, die beispielhaft zeigen, dass junge Menschen in Deutschland und Europa die Erneuerung und lebendige Gestaltung der Demokratie zu ihrer Sache machen.«

Gerne senden wir Ihnen ein Infopaket zu oder die letzte Ausgabe der Zeitschrift »Generationengerechtigkeit!« Sie finden kompakte Informationen über uns in deutsch und englisch auch auf unserer Webseite www.srzg.de

Anschrift:
Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)
Foundation for the Rights of Future Generations
Postfach 5115
D-61422 Oberursel
Tel.: +49-(0) 61 71 - 98 23 67
Fax.: +49-(0) 61 71 - 95 25 66
E-Mail: info@srzg.de
Homepage: www.srzg.de

Lothar Schulze wurde 80!

Dr. Lothar Schulze feierte am 25. Juni 2001 seinen 80. Geburtstag! Er widmet sich seit den 1950er Jahren den Fragen der Zukunfts- und Friedenssicherung. Bereits in den 1950er und 1960er Jahren hat er Themen behandelt und für die Öffentlichkeit dargestellt, die später von der 68er-Generation, seit den 1970er Jahren von der AKW-, Umwelt- und Friedensbewegung und seit den frühen 1980er Jahren von politischen Parteien bearbeitet wurden bzw. werden. Er zählt zu den

Pionieren der Zukunfts- und Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland.

Trotz seines hohen Alters arbeitet Lothar Schulze, der seit 1981 Ehrenmitglied der GZS ist, noch heute an aktuellen Fragestellungen der Zukunfts- und Friedenssicherung und gehört zu den regelmäßigen Autoren von BLICKPUNKT ZUKUNFT.

Der Vorstand und die Mitglieder der GZS wünschen ihm alles Gute für das neue Lebensjahrzehnt!

Nachfolgend finden Sie eine kleine Übersicht mit Stationen von Lothar Schulzes außerwöhnlichem und vorbildlichem Engagement für die Friedens- und Zukunftssicherung.

1958	Mitarbeit im Ausschuß »Kampf dem Atomtod«.
1960-1962	Mitglied im zentralen Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengeegner.
1964	Gründungsmitglied der Gesellschaft zur Förderung von Zukunfts- und Friedensforschung e.V. (GFZFF) und bis Ende 1976 deren 1. Vorsitzender.
1965-1978	Herausgeber der Vierteljahreszeitschrift »Information - Zukunfts- und Friedensforschung.« (insgesamt 2150 Seiten DIN A5). Darin hat sich Lothar Schulze in 20 größeren Beiträgen und 49 kleineren (meist Leitartikeln) selbst zu Wort gemeldet.
1968	Förderpreis der »Freda-Wuesthoff-Stiftung« für seine »Zwölf Thesen zur Zukunfts- und Friedensforschung«.
1972	Berufung ins Konzil der Friedensforscher der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DFGK) in Bonn.
1975	Herausgabe der Dokumentation »Die Zukunft geht uns alle an« (300 Seiten).
1976-1980	Ehrenamtlicher Geschäftsführer des Kommunikationszentrums für Zukunfts- und Friedensforschung in Hannover GmbH.
1977-1981	Stellvertretender Vorsitzender der durch Fusion der GFZFF mit zwei weiteren Gesellschaften entstandenen Gesellschaft für Zukunftsfragen e.V. (GZ), Berlin - Hannover.
1984	Verleihung des »Internationalen LENTZ-Friedensforschungspreises« an Lothar Schulze in St. Louis, USA (als 7. Preisträger der erste Deutsche).
Anfang 1997	Erschien sein Buch »Unternehmen DELPHIN« gescheitert - Es kommt jetzt auf uns alle an! - Notizen und Gespräche über Gegenwart und Zukunft unseres Planeten, das nachfolgend vorgestellt wird.

Lothar Schulze

Unternehmen DELPHIN gescheitert -

Es kommt jetzt auf uns alle an!
Notizen und Gespräche über Gegenwart
und Zukunft unseres Planeten

Haag + Herchen Verlag, 1997, 396 Seiten, 17 Abbildungen,
ISBN 3-86137-515-X, Paperback DM 39,80, öS 291,-, sFr 37,-

In allen Buchhandlungen und im Internet: www.amazon.de

Das Buch beschäftigt sich mit Umweltfragen, Zukunftsproblemen, Krieg und Frieden. Um aber möglichst viele Menschen zu erreichen, geht Lothar Schulze einen neuen Weg. Er stellt die Erörterung der Fragen in einem Science-Fiction-Rahmen, damit wir unsere Probleme in einem viel größeren zeitlichen, räumlichen und ideologischen Zusammenhang sehen können.

Es ist aber nicht die Absicht dieses Buches, dem Leser vermeintliche Patentrezepte anzubieten, die der Autor auch gar nicht besitzt. Deshalb muß eine Expedition von Außerirdischen, die auf der Erde landet, um uns zu helfen, scheitern. Nur DELPHIN, als einziger Wissenschaftler bleibt übrig. Günter Frisch, der später den Nachlaß - nämlich Gesprächsaufzeichnungen, Tagebuchnotizen, einen Vortrag, Rollenspiele usw. - findet, gibt ihn mit einem verbindenden Text versehen heraus.

Lothar Schulze kommt es darauf an, Erkenntnisse über die weitere Perspektive und Ansätze zu einem grundlegenden Umdenken - gewissermaßen ein »Raumschiffdenken« - zu vermitteln. **Das Buch will Mut machen zu neuen Denkweisen**, damit für die brennenden Fragen ➔

unserer Zeit Lösungen gefunden werden können, die möglicherweise heute noch utopisch erscheinen.

Nur mit der Wissenschaft geht es allerdings nicht. Die Menschen müssen sich als ein Teil eines größeren Organismus - nämlich Gaia, der »Mutter Erde« **fühlen**. Er wird also auch das Gefühl angesprochen. So zieht sich als roter Faden der Gedanke durch das Buch, daß es **Chancen für die Menschen nur gibt, wenn sie nicht nur den Verstand einsetzen sondern auch das Herz, wenn die Liebe zur gesamten Schöpfung ihr Handeln bestimmt**. In dieser Richtung mitzuwirken, ist DELPHINs Vermächtnis - ist seine Aufforderung an uns alle.

>>>> **Z_newsletter** <<<<

das Internet-Zukunftsmagazin von **Z_punkt büro für
zukunftsgestaltung GmbH, Essen**

zu erhalten im Internet unter der Adresse:
www.z-punkt-de

Der Anspruch des Z_newsletters ist es, Orientierungswissen und Navigationshilfen unter turbulenten sozialen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Umfeldbedingungen zu liefern. Der Z_newsletter bietet Ihnen regelmäßig kompakt, kritisch und kompetent zukunftsrelevantes Wissen.

Konzipiert wurde der Z_newsletter vom Z_punkt büro für zukunftsgestaltung in Zusammenarbeit mit der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg.

Der Z_newsletter erscheint alle 6 bis 8 Wochen. Den Inhalt der jeweils aktuellen Ausgabe des Z_newsletters können Sie auf unserer News-Seite online nachlesen, den Z_newsletter abonnieren oder jede Ausgabe im PDF-Format downloaden.

Sonstige Fragen zum Z_newsletter, zu Themen, Beiträgen und der Redaktion können Sie richten an schwartz@z-punkt.de.

Herausgeber:

Z_punkt büro für zukunftsgestaltung GmbH
Zeche Zollvereien, Schacht 1/2
Asienhaus
Bullmannau 11
45327 Essen
fon +49 (0)201 747 27-0
fax +49 (0)201 747 27-22
<http://www.z-punkt.de>
mailto@z-punkt.de

Wettbewerb

»Kinderrechte sind Menschenrechte«

Vom 19.-21.9.01 führen die Vereinten Nationen in New York eine große Konferenz durch, um darüber zu beraten, wie die Lage aller Kinder auf der Welt verbessert werden kann. Grundlage ist die UN-Kinderrechtskonvention, die weltweit für alle Kinder im Alter von 10-17 Jahren gilt und von 191 Staaten ratifiziert wurde. Ziel ist es zu überprüfen, inwieweit der Aktionsplan, der 1990 auf dem Weltkindergipfel verabschiedet wurde, erfüllt wurde. Zum ersten mal sollen Kinder und Jugendliche aus der ganzen Welt die Möglichkeit haben, sich an der Konferenz zu beteiligen und ihre Meinung einzubringen.

Auch aus Deutschland werden 4 Kinder und Jugendliche als Mitglieder der Regierungsdelegation nach New York fliegen. Das Bundesjugendministerium hat deshalb mit Unterstützung der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und der Kindernachrichtensendung LOGO einen Wettbewerb ausgeschrieben, an dem Kinder und Jugendliche, die sich für die Kinderrechte einsetzen, teilnehmen können. Bewerbungen können auch online abgegeben werden.

Informationen gibt es auf www.tivi.de

Adresse: ZDF, Postfach 4040, 55100 Mainz
Tel: 06131-70-1 - Fax: 06131-70-6864.

Rüstungsausgaben steigen weltweit wieder spürbar an

Datum: 13.06.2001 10:10:53 (MEZ) Stockholm (dpa) - Die Rüstungsausgaben steigen im zweiten Jahrzehnt nach Ende des Kalten Krieges weltweit wieder spürbar an. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI (»Stockholm International Peace Research Institute«) am Mittwoch mitteilte, wurden die Militäraushalte im Jahr 2000 gegenüber 1998 (rpt 1998) um fünf Prozent auf 798 Milliarden Dollar (1,84 Billionen Mark / 938,5 Milliarden Euro) erhöht.

Dieser Betrag entsprache einer Rüstungsausgabe von 130 Dollar (299 Mark) je Bürger auf der Welt.

In seinem Jahrbuch 2001 zu Rüstung und Abrüstung sagt das Institut nach einem Jahrzehnt mit deutlich fallenden Rüstungsetats für die kommenden Jahre wegen umfassender Beschaffungsprogramme in vielen Staaten eine weiter steigende Ausgabenkurve für militärische Zwecke voraus. In dem Jahrbuch heißt es dazu weiter: »Die Erwartung einer verminderten Bedeutung des Militärs zur Schaffung von Sicherheit und Lösung von Konflikten erscheint heute in weite Ferne gerückt. Die Militärausgaben steigen an, und die Rüstungsunternehmen werden größer und stärker.« Der internationale Waffenhandel habe im letzten Jahr vor allem wegen rückläufiger Lieferungen aus den USA 26 Prozent weniger umgesetzt als 1999.

Dennoch waren die Vereinigten Staaten mit 47 Prozent aller auf der Welt gelieferten Waffen SIPRI zufolge auch im letzten Jahr mit großem Abstand die führende Waffenexportnation. International von Bedeutung seien danach mit einem Anteil von jeweils knapp über zehn Prozent Russland und Frankreich sowie mit je fünf bis zehn Prozent Großbritannien und Deutschland.

Zusammengenommen waren die EU-Länder zweitgrößter Waffenlieferant der Welt mit einem Anteil von 28 Prozent (1996-2000).

Russland hat seine Rüstungsexporte nach den Erhebungen des Stockholmer Institutes vor allem durch die Lieferung von Kriegsschiffen und Jagdflugzeugen an China im letzten Jahr um 19 Prozent gesteigert. Bei den staatlichen Rüstungsausgaben sei die russische Steigerungsrate mit 44 Prozent im Zeitraum 1999/2000 gegenüber 1998 »ungewöhnlich hoch« gewesen. Dennoch sei der Abstand zu den USA, deren Rüstungshaushalt im letzten Jahr 37 Prozent der weltweiten Militärausgaben ausmachte, enorm. So gab Moskau nach den drastischen Einbrüchen seit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 2000 nur noch 10 Prozent mehr für militärische Zwecke aus als Frankreich sowie 85 Prozent weniger als die USA.

»Rasant steigende« Rüstungsausgaben ermittelte SIPRI für Afrika mit einem Plus für das Jahr 2000 von 37 Prozent und Südostasien mit 23 Prozent gegenüber 1999. Für Afrika habe dies seine Ursache vor allem in der hohen Zahl militärischer Konflikte auf dem Kontinent.

SIPRI ermittelte für das abgelaufene Jahr weltweit 25 Kriege, von denen bis auf zwei alle Bürgerkriege waren. Kriege zwischen zwei Staaten wurden zwischen Eritrea und Äthiopien sowie Indien und Pakistan um Kaschmir ausgetragen. In den letzten beiden Jahren konnten vier Kriege beendet werden, bei denen es in keinem Fall einen Sieger, sondern eine Verhandlungslösung gab.

Positiv hob SIPRI die zunehmende Bedeutung von internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung hervor. Die Zahl von 55 multilateralen Operationen zur Friedenssicherung im abgelaufenen Jahr, davon 18 unter UN-Federführung, illustrierte die steigende Zahl regionaler und staatlicher Akteure, die sich an der Friedenssicherung, Friedensschaffung und dem Management von Krisen beteiligten. © dpa

Martin Kalinowski (Hrsg.)

Alternative Berufsfindung für Ingenieur- und Naturwissenschaftler Ein Hand- und Lesebuch

2. überarbeitete und erweiterte Auflage 1997, 297 Seiten - Harms Verlag

**Kosten 0,30 DM und 0,50 DM oder 1,-- DM pro Buch bei
Abnahme mehrerer Bücher!!!***

Wer träumt nicht davon, seine persönliche Entwicklung mit der Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft zu verbinden? Wer möchte sich nicht selber verwirklichen und dabei gleichzeitig auch im Beruf und in der Gesellschaft etwas bewirken? Dies muß keine Vision bleiben, denn auch Träume können wahr werden. Ebenso, wie sich aus der unscheinbaren Raupe über ein beengtes Puppenstadium ein munter flatternder Schmetterling entwickelt, bietet auch Deine Zukunft viele ungeahnte Möglichkeiten.

Dieses Buch möchte Mut machen, die eigenen Vorstellungen von Beruf im Sinne von Berufung zu entwickeln und zu realisieren. Der erste Teil unterstützt die persönliche Visionssuche. Im zweiten Kapitel berichten einige Menschen von ihren Erfahrungen auf dem Weg zu einem alternativen Beruf. In den folgenden Kapiteln werden verschiedene Tätigkeitsfelder vorgestellt, Adressen und Literatur aufgeführt sowie Tips zur Existenzgründung und Finanzierung gegeben.

*Wie kann man Bücher für eine Verteilaktion erhalten?

Bitte wende Dich an den Verleger, Herrn Harms per Telefon/Fax (04346-412659, -5345 / -369731) oder email (info@harms-verlag.de) oder Post: Harms Verlag, In't Holt 37, 24214 Lindhöft.

Gib an, wieviele Exemplare Du an welche Adresse geschickt bekommen möchtest und wann sie dort eintreffen sollen.

Der Versand dauert etwa 2 Tage. Rechnung liegt bei.

Für die Versandkosten hätte der Harms Verlag gerne DM 0.50 und mindestens DM 0.30 pro Buch. Er würde sich sehr freuen, wenn er auch DM 1,00 pro Buch (incl. Versand und MwSt.) berechnen dürfte.

Wien, 4. Mai 2001 - Martin B. Kalinowski - mbkalinowski@yahoo.com

Werner Mittelstaedt
Frieden, Wissenschaft, Zukunft 21
Visionen für das neue Jahrhundert
Vorwort von Niklaus Brantschen

Verlag Peter Lang Frankfurt/M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien 2000 - 290 Seiten, ausführliches Personen- und Sachregister, ISSN 3-631-36087-8 - Geb. DM 54,--

Das Buch widmet sich eingehend den »neuen« gesellschaftlichen und politischen Themen des 21. Jahrhunderts: der Bedeutung von Frieden und Wissenschaft für die Zukunft des Menschen. Zu Beginn wird ein Plädoyer für die Gestaltung einer Vision des Friedens gehalten und - vor dem Hintergrund der derzeitigen globalen Menschheitskrise - über Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert sowie die besondere Verantwortung des einzelnen gesprochen. Das dabei entworfene Konzept einer komplexen Friedenswahrnehmung gibt sowohl pädagogische Impulse als auch Orientierungen für den einzelnen.

Die besondere Verantwortung der Wissenschaft und Technik für den Frieden und die Zukunftsfähigkeit analysiert der Autor anhand des aktuellsten Stands der wissenschaftlich-technischen Entwicklungstrends. Insbesondere moralisch-ethische Fragestellungen werden vor dem Hintergrund eines entfesselten Machbarkeitswahns in Wissenschaft und Technik facettenreich reflektiert. Wissenschaft und Technik können nur dann wirklich verantwortlich sein, wenn sie ethischen Prinzipien, der Wahrung der Menschenrechte sowie der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit gerecht werden und darüber hinaus religiöse und spirituelle Wahrnehmungen gelten lassen.

Ein Ausblick auf die Belange der jungen Generation sowie einige unorthodoxe Forderungen nach mehr Mitsprachemöglichkeiten zur Gestaltung wünschenswerter und friedlicher Entwicklungen dieser Einen Welt runden die Betrachtung zukunftsweisend ab.

Dieses Buch hat nicht zuletzt durch die Diskussion über die Zukunft der Bio- und Gentechnologie zusätzlich an Bedeutung gewonnen!

Folgende Themen werden behandelt:

Frieden - Gerechtigkeit - Menschenrechte - Globalisierung - globale Menschheitskrise - NATO-Krieg im Kosovo und im restlichen Jugoslawien - Überblick über wahrscheinliche Kriege im 21. Jahrhundert - verkürzte und komplexe Friedenswahrnehmung - Friedenspädagogik - Spiritualität - Daten, Fakten und Trends zur Bio- und Gentechnologie - Atomenergie - Wert und Unwert wissenschaftlicher Gutachten - Ethische Deklaration für Wissenschaft und Technik - Ethik und Verantwortung in den Wissenschaften - 16 Thesen zur Erneuerung der Wissenschaften - mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche - Interview mit der Kosmopolitin und Zen-Meisterin Pia Gyger

Das Buch ist zu bestellen in Buchhandlungen oder:

per Telefon: ++49 (69) 7807050

per Telefax: ++49 (69) 78070550

über das Internet:

www.peterlang.de

oder

www.amazon.de



Das Bild zeigt Werner Mittelstaedt am 22. Februar 2001 in Wien, wo er auf Einladung des Arbeitskreises »Langfristige Entwicklungsforschung (Zukunftsforschung)« c/o Österreichische Statistische Gesellschaft sein neues Buch »Frieden, Wissenschaft, Zukunft 21. Visionen für das neue Jahrhundert« vorstellte. Die gut besuchte Veranstaltung wurde von Marta Neunteufel moderiert.

Impressum

BLICKPUNKT ZUKUNFT © ISSN: 0720-6194

Herausgeber:

Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. - **GZS** und Werner Mittelstaedt - Drostenhofstraße 5, D-48167 Münster

eMail: Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Internet-Adresse (URL): <http://mitglied.tripod.de/GZSBLIZU/>

BLICKPUNKT ZUKUNFT gibt es seit Ausgabe 36 im Internet unter <http://mitglied.tripod.de/GZSBLIZU/> auch Online

Redaktion: Werner Mittelstaedt (V.i.S.d.P.)

Mechthild Mittelstaedt (Beratung und Schlußredaktion)

Redaktionsbeirat: Der Redaktionsbeirat setzt sich aus den Autorinnen der jeweiligen Ausgabe zusammen!

Grafische Gestaltung (Layout) und Vertrieb: Werner Mittelstaedt

Druck: Günter Kublin, Haydnstraße, D-45884 Gelsenkirchen

Textumfang: 17918 Wörter 115384 Zeichen

Erscheinungsweise:

2 Ausgaben pro Jahr in unregelmäßiger Zeitfolge

Auflage dieser Ausgabe: 3000

Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruck-erlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers!

BLICKPUNKT ZUKUNFT wird zu fast 100% kostenlos an interessierte Personen und Institutionen verteilt! **Um die Herausgabe dieser Zeitschrift auch in Zukunft zu gewährleisten, sind wir dringend auf mehr Mitglieder und Spenden angewiesen!**

Konto der GZS:

Sparda-Bank Essen eG, Konto-Nr. 385700, BLZ: 36060591

Über Spenden erhalten Sie von der gemeinnützig anerkannten GZS binnen eines Monats automatisch eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt!